

Freitag, 22.11.2024 12:50 Uhr – 13:50 Uhr Hörsaal 201

Einreichung Panel zur Soziale Arbeit als Ort der Politischen Bildung – Demokratie, Partizipation und Teilhabe in der Zivilgesellschaft

Paneltitel: **Soziale Arbeit im Spannungsfeld von Ungleichwertigkeitsideologien und Kultur der Anerkennung**

Chair:

Prof. Dr. Kemal Bozay, IU Internationale Hochschule, Köln

Prof. Dr. Mehmet Kart, IU Internationale Hochschule, Bremen

Prof. Dr. Dr. Veronika Zimmer, IU Internationale Hochschule, Münster,

Die Aufnahme von Schutzsuchenden, die Pandemiesituation, der Ukrainekrieg und die damit verbundene wirtschaftlichen Krisen gehen mit einer Aktivierung und Verfestigung von Vorstellungen der Ungleichwertigkeit einher. Insbesondere in Zeiten der Pandemiezeit erstarken Verschwörungsmythen und Gruppierungen, die sich durch entwürdigende Feindbilder und Hassbotschaften auszeichnen und vernetzen. Aktuelle Studien weisen darauf hin, dass in Zeiten gesellschaftlicher Krisen die sozialen Ungleichheiten verschärft werden und insbesondere durch die Verbreitung und Legitimierung von Feindbildern aufrechterhalten bleiben (Decker/Brähler 2016; Zick 2021).

Die Fachkräfte der sozialen Einrichtungen und Schulen in Deutschland begegnen in ihrer Berufspraxis oft junge Menschen mit demokratiefeindlichen und extremistischen Einstellungen. Seit Jahren ist zu beobachten, dass Phänomene wie Rechtsextremismus, Antisemitismus, islamistische Radikalisierung sowie Rassismus sich zunehmend unter Kinder und Jugendlichen verbreiten und in einer Wechselbeziehung zueinanderstehen. Einig ist bei all diesen Radikalisierungsformen, dass Menschen und Gruppen sich stark von anderen abgrenzen und gegenüber Werten und Lebensstilen anderer intoleranter und feindseliger werden. Diese Entwicklung gefährdet das friedliche Zusammenleben und demokratische Werte und Normen, die die Gesellschaft zusammenhalten. So steht Soziale Arbeit vor der Frage, ob junge Menschen, die weniger als Erwachsene über politische Erfahrungen verfügen, möglicherweise in besonderer Weise anfällig für Rechtspopulismus und Radikalisierung sind und wie sie durch Angebote der politischen Bildung und der Sozialen Arbeit in ihren demokratischen Grundhaltungen gestärkt werden können.

Im Kern dieses Panels steht daher die Erörterung, wie die Soziale Arbeit als Ort der politischen Bildung wirken und einen Beitrag zur Förderung einer Kultur der Anerkennung leisten kann. Die Beiträge im Panel erörtern aktuelle Forschungsergebnisse zu rechtsextremen, antisemitischen und antimuslimischen Einstellungen bei jungen Menschen sowie die Anwendung sozialpädagogischer Konzepte und Methoden, um diesen Jugendlichen die Werte einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft zu vermitteln. Dabei wird betont, wie wichtig es ist, den Jugendlichen Raum für eigene Erfahrungen und Perspektiven zu geben. Besonderes Augenmerk soll dabei auf die Herausforderungen gelegt werden, die sich in der Praxis ergeben, wenn es darum geht, extremistischen Tendenzen entgegenzuwirken, ohne dabei die Bedürfnisse und die Lebensrealitäten der Jugendlichen aus dem Blick zu verlieren.

Ein weiterer wichtiger Aspekt des Panels wird die Rolle der Sozialen Arbeit in der Förderung von Anerkennung, Partizipation und Teilhabe sein. Wie können junge Menschen dazu befähigt werden, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen und ihre Meinung in einem von Respekt und Wertschätzung geprägten Rahmen zu äußern? Wie kann Soziale Arbeit als Brücke zwischen den individuellen Lebenswelten junger Menschen und den Anforderungen einer demokratischen Gesellschaft fungieren?

Durch diesen interdisziplinären Austausch hoffen wir, effektive Ansätze und Praktiken zu identifizieren, die zur Stärkung der demokratischen Grundhaltungen unter Jugendlichen beitragen und gleichzeitig eine Kultur der Anerkennung in den Mittelpunkt stellen.

Das konzipierte Panel umfasst drei wissenschaftspraktische Beiträge mit jeweils 20 Minuten Vortragszeit und einer abschließenden kollektiven Diskussionsrunde von 30 Minuten (Gesamtzeit 90 Minuten). Die ersten beiden Beiträge basieren auf einer bundesweiten Befragung im Rahmen des IU-Kompasses „Extremismus“, die in drei Erhebungsphasen a) rechtsextreme, b) antisemitische und c) antimuslimische Einstellungen junger Menschen untersuchen. Der dritte Beitrag diskutiert die "Kultur der Anerkennung" als einen alternativen Gegenkonzept in der kritischen Auseinandersetzung mit Ungleichwertigkeitsideologien.

Beitrag 1: Gesellschaftliche Spaltung und demokratiefeindliche Tendenzen: Ergebnisse einer bundesweiten Studie zu rechtsextremen und antisemitischen Einstellungen junger Menschen in Deutschland

In diesem Beitrag werden die Ergebnisse zweier bundesweiten quantitativen Befragungen zu rechtsextremen und antisemitischen Einstellungen junger Menschen zwischen 16 und 27 Jahren (n=1313 und n = 1594) vorgestellt. Der methodische Kern der Studie besteht in einem zusammengesetzten Fragebogen, der verschiedene Elemente aus unterschiedlichen Studien, darunter die FES-Mitte Studie und die Leipziger Autoritarismus Studie, integriert.

Beitrag 2: Gesellschaftliche Spaltung und demokratiefeindliche Tendenzen: Ergebnisse einer bundesweiten Studie zu antimuslimischen Einstellungen unter jungen Menschen in Deutschland

In diesem Beitrag werden die Ergebnisse der Befragungsphase zu den antimuslimischen Einstellungen junger Menschen zwischen 16 und 27 Jahren vorgestellt (n=1625). Den Kern der Studie bildet der zusammengesetzte Fragebogen aus unterschiedlichen Studien (dazu gehören Items zu den demographischen Daten, zur Einstellung zu anderen Personengruppen allgemein, Einstellungen zu Islam und Muslim:innen, Verhaltensintentionen, allgemeine Religionskritik, Kontakt zu Muslim:innen und Nationale Identität).

Bei der Ziehung der Stichprobe wurde auf den Online-Access-Panel GapFish zurückgegriffen. Es wird die Quotenauswahl genutzt. Hierbei wird für bestimmte Gruppen innerhalb der Grundgesamtheit jeweils die Anzahl von Befragten festgelegt, die in der Stichprobe sein sollen (Quoten). So wird festgelegt, dass der Anteil (Quote) von Männern/Frauen, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, bestimmten Bildungsgrad ihrem bekannten Anteil in der deutschen Wohnbevölkerung zwischen 16 und 27 Jahren entspricht. Innerhalb dieser Gruppe sind konkrete Befragten durch Zufall ausgewählt.

Beitrag 3: Kultur der Anerkennung als Leitmotiv gegen Ungleichwertigkeitsvorstellungen

Dieser Beitrag setzt sich mit der Kultur der Anerkennung auseinander, die als Gegenkonzept zu Ideologien der Ungleichwertigkeit fungieren soll. Der Kampf um Anerkennung ist ein zentrales Motiv für Menschen in allen Lebensbereichen. Auch an der Schnittstelle zwischen Sozialer Arbeit und politischer Bildung spielt Anerkennung eine Schlüsselrolle. Im Sinne der Subjektbildung in Anerkennungskontexten konzentriert sich die Sozialarbeit nicht nur auf Inhalte und Erscheinungsformen, sondern beschäftigt sich auch intensiv mit den Individuen und den Herausforderungen im Gemeinwesen – in den Worten von Hannah Arendt, mit dem, was „Zwischen den Menschen“ stattfindet.

Daher bietet die Kultur der Anerkennung an der Schnittstelle zwischen Sozialer Arbeit und politischer Bildung auch eine Antwort auf Einstellungen von Ungleichwertigkeit, Abwertung, Diskriminierung/Rassismus und Desintegration. Sie strebt danach, mit dem Ziel der Gleichwertigkeit gegenüber Ideologien der Ungleichwertigkeit aufzuwerten. Eine Kultur der Anerkennung ist somit sowohl ein grundlegendes gesellschaftliches Ziel als auch eine Grundhaltung der Sozialen Arbeit und der politischen Bildung.

Freitag, 22.11.2024 12:50 Uhr – 13:50 Uhr R 210

Prof. Dr. Stefanie Kessler, Professorin für Soziale Arbeit an der IU Internationalen Hochschule, Standort Hannover, stefanie.kessler@iu.org

Abstract

Wir bilden Dich politisch. Politische Bildung im Spannungsfeld von Empowerment und Paternalismus in der Sozialen Arbeit

Gemäß der Definition der International Federation of Social Work "fördert [Soziale Arbeit] als praxisorientierte Profession und wissenschaftliche Disziplin gesellschaftliche Veränderungen, soziale Entwicklungen und den sozialen Zusammenhalt sowie die Stärkung der Autonomie und Selbstbestimmung von Menschen." (DBSH 2016) Dabei ist es ihr Ziel „Menschen so [zu befähigen und zu ermutigen], dass sie die Herausforderungen des Lebens bewältigen und das Wohlergehen verbessern (...)" (ebd.). Gemäß dieser Definition ist politische Bildung immanenter Teil einer Sozialer Arbeit, die darauf ausgerichtet ist Adressat:innen darin zu unterstützen, selbstbestimmt die eigenen Interessen auch in der Öffentlichkeit und gegenüber politischen Strukturen zu vertreten. Politische Bildung lässt sich hier als politische Selbsthilfe und Empowerment fassen (vgl. u.a. Streck 2022), die die Absicht verfolgt, Menschen darin zu unterstützen, sich gegen Fremdbestimmung und strukturelle Diskriminierung zu wehren. Dabei haben es Sozialarbeitende in der Praxis jedoch auch mit Menschen zu tun, die Hilfen abwehren und sich gegenüber Bildungsversuchen verweigern. Was tun? Manche:r Sozialarbeitende sieht Adressat:innen als Unterdrückte bestehender Herrschaftsverhältnisse und meint, dass diese Menschen dies auch selbst erkennen und infolge politisch aktiv werden müssen. Dabei laufen diese Sozialarbeitenden Gefahr, selbst paternalistisch zu handeln und die Selbstbestimmungsansprüche dieser Menschen zu übergehen (vgl. Ziegler 2021). Dieses Spannungsfeld, in dem sich Soziale Arbeit in ihrem Anspruch Adressat:innen politisch zu bilden, bewegt, soll in diesem Beitrag eingehender diskutiert und dessen Bedeutung für den Diskurs zur Erreichbarkeit ‚schwer erreichbarer‘ Zielgruppen herausgearbeitet werden. Dabei soll auch aufgezeigt werden, wie eine Adressierung dennoch gelingen kann.

Literatur:

DBSH (2016). Definition Sozialer Arbeit. Online: https://www.dbsh.de/media/dbsh-www/redaktionell/bilder/Profession/20161114_Dt_Def_Sozialer_Arbeit_FBTS_DBSH_01.pdf

Streck, Rebekka (2022). ‚Lass die mal machen die Junkies, die sind eh keine Konkurrenz.‘

Ein historischer Blick auf das spannungsreiche Verhältnis von politischer Selbsthilfe und professioneller Drogenhilfe. In: Widersprüche, 42 (166), S. 105-118.

Ziegler, Holger (2021). Paternalismus und Citizenship. Herausforderungen professioneller Urteilsbildung im Sozialinvestitionsstaat. In: Sozial Extra, 4, S. 241-244.

Freitag, 22.11.2024 12:50 Uhr – 13:50 Uhr R 210

Abstract für einen Einzelvortrag mit praktischer Übung

Tagung: „Soziale Arbeit als Ort der Politischen Bildung – Demokratie, Partizipation und Teilhabe in der Zivilgesellschaft“

Technische Hochschule Köln

Dr. Martin Hunold

Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Evangelische Hochschule Berlin

(EHB) Teltower Damm 118-122

14167 Berlin

E-Mail: martin.hunold@eh-berlin.de

Titel:

Der sozialarbeitende Souverän. Jugendamtssozialdienste als Orte politischer Meinungsbildung und demokratischer Mitbestimmung

Vorhaben:

In Anlehnung an Honneths (2023) normative Theorie der Arbeit und unter Rückgriff auf empirische Beispiele aus Allgemeinen Sozialen Diensten von Jugendämtern möchte ich in meinem Vortrag zeigen, dass und wie der Arbeitsplatz und die Organisation von Sozialarbeitenden mit Möglichkeiten und Grenzen politischer Meinungsbildung und demokratischer Mitbestimmung einhergehen. Anhand empirisch-theoretischer Analysen und mit Blick auf ausgewählte kommunale Jugendamtssozialdienste wird dargelegt, inwieweit sich Sozialarbeitende am Arbeitsplatz überhaupt und spezifisch für demokratische Mitbestimmungskontexte bilden und einbringen sowie für fach- und arbeitspolitische Interessen solidarisieren können. Vor diesem Hintergrund wird zudem erörtert, mit welchen Mitteln der sozialarbeitende Souverän innerhalb der Anerkennungskämpfe der Gesellschaft demokratisch Einfluss nehmen kann.

In meinem Vortrag in Köln würde ich gerne zunächst die sozio-materielle und symbolische Bedeutung gesellschaftlicher Arbeit und speziell sozialer „personenbezogener Dienstleistungsarbeit“ (Olk/Otto/Backhaus-Maul 2003: IX; Kessl & Otto 2011) erläutern. Zweitens sollen die Zusammenhänge zwischen organisationalen Arbeitsbedingungen und demokratischen Meinungsbildungs- und Mitbestimmungsformen reflektiert werden, um dann – drittens – anhand ausgewählter Ausschnitte aus narrativ orientierten Expert*inneninterviews mit Sozialarbeitenden von Allgemeinen Sozialen Diensten empirisch zu veranschaulichen, mit welchen Mitteln in der kommunalen Behörde

demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten und fachpolitische Einflussnahmen verhindert und ermöglicht werden. An den Vortrag schließt eine praktische Übung mit aktuellen Tageszeitungen an.

Literatur:

Honneth, Axel (2023): Der arbeitende Souverän. Berlin: Suhrkamp.

Kessl, Fabian/ Otto, Hans-Uwe (2011): Soziale Arbeit und soziale Dienste. In: Evers, Adalbert/ Heinze, Rolf G./ Olk, Thomas (Hrsg.): Handbuch Soziale Dienste. Wiesbaden: VS Verlag, S. 389–403.

Olk, Thomas/ Otto, Hans-Uwe/ Backhaus-Maul, Holger (2003): Soziale Arbeit als Dienstleistung – Zur analytischen und empirischen Leistungsfähigkeit eines theoretischen Konzepts. In: Olk, Thomas/ Otto, Hans-Uwe (Hrsg.): Soziale Arbeit als Dienstleistung. Grundlegungen, Entwürfe und Modelle. München: Luchterhand, S. IV–LXXII.

Freitag, 22.11.2014 12:50 – 13:50 R 210

Prof. Dr. Werner Schönig, Katho Köln, 28.3.2024

w.schoenig@kathonrw.de

Angebot für einen **Vortrag** auf der Arbeitstagung: "**Soziale Arbeit als Ort der Politischen Bildung – Demokratie, Partizipation und Teilhabe in der Zivilgesellschaft**" am 22. und 23. November 2024 an der TH Köln, Ubierring

Prozesse politischer Bildung in der Sozialen Arbeit

-

Theoretische und methodische Aspekte ihrer (Re-)Konstruktion und Analyse

Im vorgeschlagenen Vortrag wird das Potential der Prozesstheorie für die Analyse von Prozessen der politischen Bildung in der Sozialen Arbeit hinterfragt. Dabei geht die Prozesstheorie grundsätzlich davon aus, dass das Werden (vgl. Heraklits Diktum und Hegels Dialektik) das zentrale Merkmal der Welt ist. Sie ist also im Wesentlichen durch Bewegung und Veränderung gekennzeichnet; sie verharrt nur vorübergehend in stationären Zuständen, auch des Politischen.

Konkreter theoretischer Zugang und Ausgangspunkt für die Analyse sind vor allem die Beiträge von Nicholas Rescher (1996) und Andrew Abbott (2020). Sie konzipieren den Prozess an sich als eine Abfolge von eigendynamischen Phasen (events) und punktförmigen Ereignissen (eventations), wobei sich in letzteren potenziell ein Richtungswechsel vollzieht. Trägt man Prozessaspekte in einem Koordinatensystem als Verlaufsgraphen ein, so kann man auf der Y-Achse unterschiedliche Perspektiven und Aspekte des Prozesses darstellen, während auf der X-Achse relational zeitlich parallele Entwicklungen, Korrespondenzen und auch Kausalitätsbeziehungen deutlich werden können. Zudem bietet es sich an, Wendepunkte, intensive Phasen und alternative Verläufe in das Gesamtbild eines Prozessgraphen einzutragen. Der Beitrag ist somit in zwei Hauptpunkte gegliedert:

- Zunächst werden kurz die Grundzüge der Prozesstheorie erläutert, das analytische Instrumentarium vorgestellt und prototypische Prozessverläufe in der Sozialen Arbeit referiert. Letztere wurden in einer empirischen Untersuchung im Herbst 2023 rekonstruiert.
- Darauf folgt eine Anwendung des Instrumentariums im Handlungsfeld der Politischen

Bildung in der Sozialen Arbeit. Konkret werden drei Prozesse gezeigt:

- In einem Gruppenprozess mit Jugendlichen kommt es zu Beteiligungskonflikten
- Eine Schüler:innengruppe besucht eine Ausstellung
- Obdachlose Menschen werden bei ihrer Selbstvertretung unterstützt

Der Beitrag schließt mit einer kurzen Reflexion über Reichweite und Grenzen des gewählten theoretischen und methodischen Ansatzes, insbesondere seiner Nutzung in der politischen Bildungsarbeit.

Literatur:

Abbott, Andrew (2020): Zeit zählt. Hamburg: Hamburger Edition.

Rescher, Nicholas (1996): Process Metaphysics. New York: State University of New York Press.

Schönig, Werner (2024): Prozesstheorie und Soziale Arbeit. Typologische und praktische Aspekte ihres relationalen Werdens. Erscheint demnächst.

Freitag, 22.11.2024 12:50 Uhr – 13:50 Uhr R 209

Prof. Dr. Rolf Ahlrichs, Evang. Hochschule Ludwigsburg, rolf.ahlrichs@eh-ludwigsburg.de

Prof. Dr. Wibke Riekmann, Hochschule Hannover, wibke.riekmann@hs-hannover.de

Call for Participation für die Arbeitstagung: Soziale Arbeit als Ort der politischen Bildung – Demokratie Partizipation und Teilhabe in der Zivilgesellschaft

Einreichung **eines Panels** mit zwei Vorträgen und anschließender Fishbowl-Diskussion zum Thema:

Jugendverbände als Orte der politischen und demokratischen Bildung: Unterschätzte Organisationen mit einem großen Potenzial

Jugendverbände sind unbestritten eine der wichtigsten Sozialisationsinstanzen für Kinder und Jugendliche. Der 15. Kinder und Jugendbericht aus dem Jahr 2017 kommt zu dem Ergebnis, dass insgesamt 67% aller Zwölf- bis 25-Jährigen in Vereinen und Verbänden aktiv sind (BMFSFJ 2017, S. 386). Damit gehört die Zeit im Verein für die Mehrzahl der Kinder und Jugendlichen zum Alltagsleben dazu. Auf Basis dieser Zahlen ist die Jugendverbandsarbeit – ausgehend von der

Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen – eines der größten Handlungsfelder der Sozialen Arbeit.

Jugendverbände haben aufgrund ihrer Struktur das Potenzial, eine politische Bildungsinstitution für die in ihnen organisierten Kinder und Jugendlichen zu sein. Voraussetzung ist allerdings, dass die Jugendverbände sich selbst als einen Ort verstehen, der ihren Mitgliedern demokratische Mitbestimmungsrechte und damit (Selbst-)Bildungspotenziale eröffnet, sie aber auch gesellschaftlich als ein politischer Bildungsort wahrgenommen und unterstützt werden.

Im Panel soll zunächst vorgestellt werden, worauf sich dieses Potenzial der Jugendverbände demokratie- und gesellschaftstheoretisch gründet und wie hier politische Bildung gelernt und gelebt werden kann. Politische Bildung wird hier gefasst als Demokratiebildung, die – wie im 16. Kinder- und Jugendbericht herausgearbeitet – auf der Trias von Demokratie als Bildungs-

Gegenstand, als Bildungs-Struktur und Bildungs-Erfahrung beruht (BMFSFJ 2020, S. 130-131).

Jugendverbände können als Organisationen der Zivilgesellschaft als Ermöglicher von lebensweltlicher Demokratie (Dewey 1916/2011) angesehen werden, da hier demokratische Entscheidungen auf der Basis von gleichen Rechten getroffen werden und die Mitglieder sich auch für die getroffenen Entscheidungen zuständig und verantwortlich fühlen. Auf dieser

Grundlage bezeichnen sich Jugendverbände auch gerne selbst als ‚Werkstätten der Demokratie‘ (DBJR 2002).

Jenseits dieser Potenzialität und der verbandspolitischen Programmatik, zeigt die Empirie aber auch Handlungsbedarf. Wie sieht diese Form politischer Bildung/Demokratiebildung in der Praxis aus? Vorgestellt werden zwei Untersuchungen, die es sich zum Gegenstand gemacht haben, das Potenzial der Verbände auf der Grundlage von Gesprächen mit jungen Menschen kritisch zu überprüfen und mit ihnen gemeinsam auf Basis partizipativer Forschung in einen Bildungsprozess einzutreten.

Leitend für die Vorstellung im Panel sind dabei **folgende Fragestellungen:**

1. Welche Strukturen und Angebote braucht es, um Kindern und Jugendlichen die Erfahrung von Demokratie zu ermöglichen?
2. Wie können Strukturen gegen einen paternalistischen Zugriff von Erwachsenen abgesichert werden, der Jugendlichen lediglich „Schein-Partizipation“ ermöglicht?
3. Wie wird aus verschiedenen Momenten der demokratischen Erfahrungen in Jugendverbänden politische Bildung?

Gemeinsam mit dem Plenum sollen diese Fragen in Form einer **Fishbowl-Diskussion** bewegt werden.

Freitag, 22.11.2024 12:50 Uhr – 13:50 Uhr R 209

Abstract für eine Einzelpräsentation auf der Tagung „Soziale Arbeit als Ort der Politischen Bildung – Demokratie, Partizipation und Teilhabe in der Zivilgesellschaft“ an der TH Köln 22.-23.11.2024

Titel: Politische Bildung in der Praxis: Neue Formen politischer Bildung durch die Kooperation von Offener Kinder- und Jugendarbeit und Politischer Jugendbildung.

Untertitel: Ergebnisse des Forschungsprojekts „Feldanalyse Kinder- und Jugendarbeit. Formen politischer Bildung“

Kurzfassung:

Politische Bildung kann in verschiedenen Bereichen Sozialer Arbeit stattfinden, jedoch variieren die feldspezifischen Verständnisse und Logiken. Das qualitative Forschungsprojekt „Feldanalyse Kinder- und Jugendarbeit. Formen politischer Bildung“ hat Kooperationen im Rahmen des „OPEN“-Projekts zwischen Offener Kinder- und Jugendarbeit und politischer Jugendbildung untersucht, die gemeinsam Angebote politischer Bildung gestaltet haben. Im Vordergrund des Vortrags stehen die Ergebnisse, welche u.a. ‘neue’ Formen politischer Bildung und die Annäherungen der Feldlogiken in Bezug auf politische Bildung beinhalten.

Langfassung:

Politische Bildung kann in verschiedenen Bereichen der Sozialen Arbeit stattfinden, jedoch variieren die feldspezifischen Verständnisse und Logiken. Durch kooperative Projekte im Kontext politischer Bildung können Annäherungen zwischen Offener Kinder- und Jugendarbeit und politischer Jugendbildung entstehen. Dies zeigt sich als ein Ergebnis des Forschungsprojektes “Feldanalyse Kinder- und Jugendarbeit. Formen politischer Bildung“ (2022-2024), in welchem der Forschungsschwerpunkt Nonformale Bildung der TH Köln mit Transfer für Bildung e.V. zusammenarbeiten.

Der Vortrag fokussiert sich auf die Vorstellung der Forschungsergebnisse und geht sowohl darauf ein, wie politische Bildung in den zwei Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit jeweils stattfinden kann, als auch auf ‚neue Formen‘, z.B. neue Angebotslogiken und Zugänge, die kooperativ entstehen können. Hintergrund des Forschungsprojekts ist die Aufnahme der Forderung aus dem 16. Kinder- und Jugendbericht, die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit außerschulischer politischer Jugendbildung zu intensivieren (BMFSFJ 2020). Innerhalb des Forschungsprojektes fanden Erhebungen statt, um die je spezifischen Wissensbestände, Selbstverständnisse und Feldstrukturen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der politischen Jugendbildung sichtbar zu machen. Dafür wurde das praxisfeldübergreifende Projekt „OPEN“ (Transferstelle politische Bildung von Transfer für Bildung e.V.) als Forschungsfeld

herangezogen. „OPEN“ besteht aus sechs Projektpartnerschaften, die sich jeweils aus einem Team der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und einem der politischen Jugendbildung zusammensetzen und gemeinsam politische Bildungsangebote konzipieren und ausführen. Die Perspektive der Fachkräfte wurde hinsichtlich spezifischer Feldstrukturen und -logiken mittels Expert*inneninterviews erhoben. Überdies wurden Dokumente aus den Kooperationen mittels einer Dokumentenanalyse ausgewertet. Die Nutzer*innenperspektive wurde im Hinblick auf die Zugänge und Nutzungsweisen erforscht. Dazu wurden Gruppendiskussionen mit Jugendlichen durchgeführt, die an den Angeboten des OPEN-Projekts teilgenommen haben.

Vortragende:

Anneli Haase, M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungsschwerpunkt Nonformale Bildung an der TH Köln im Forschungsprojekt „Feldanalyse Kinder- und Jugendarbeit. Formen politischer Bildung“

Sophia Janker, B.A., wissenschaftliche Hilfskraft am Forschungsschwerpunkt Nonformale Bildung an der TH Köln im Forschungsprojekt „Feldanalyse Kinder- und Jugendarbeit. Formen politischer Bildung“

Freitag, 22.11.2024 12:50 Uhr – 13:50 Uhr R 114

Abstract für einen Panelbeitrag bei der Arbeitstagung „Soziale Arbeit als Ort der politischen Bildung“

Titel: „Das hat uns kein Seminar beigebracht, das bringen wir uns selbst bei“ - Politische Bildung in Studiengängen der Sozialen Arbeit in Deutschland

Autor/in: Matthias Kachel, BayWISS Verbundkolleg Sozialer Wandel (KSH München, Universität Bamberg)

Nach dem Politikwissenschaftler Fritz Reheis ist politische Bildung "die Gesamtheit aller Prozesse, durch die ein Mensch für das Leben in der Gemeinschaft geprägt wird und sich selbst gestaltet" (Reheis, 2016). Während die Soziale Arbeit eine Profession ist, die Menschen in allen Phasen ihres Lebens im Gemeinwesen unterstützt und begleitet, ist der wissenschaftliche Diskurs in Deutschland uneins, ob und wie politisch die Profession und ihre Mitglieder sein können oder sollen.

Dennoch sind Sozialarbeiter:innen in der politischen Bildung tätig, wenn sie das Leben ihrer Klient:innen oder das Gemeinwesen mitgestalten (Schmidbauer, 2021). Um dieser Aufgabe und ihrem politischen Auftrag gerecht zu werden, müssen Sozialarbeiter:innen selbst über politische und staatsbürgerliche Kompetenz verfügen - sonst können sie diese nicht weitergeben.

Für meine Dissertation habe ich zehn verschiedene Curricula der Sozialen Arbeit an ebenso vielen Hochschulen für Soziale Arbeit in Deutschland miteinander verglichen. Mein Ziel war es, herauszufinden, ob und wie zukünftige Sozialarbeiter:innen für politische Situationen und politische Arbeit ausgebildet werden - oder zumindest ausgebildet werden können - und ob die vermittelten Fähigkeiten die sind, die in der Praxis gebraucht werden. Neben der Inhaltsanalyse von Studiengängen der Sozialen Arbeit habe ich sechs Gruppendiskussionen mit Studierenden der Sozialen Arbeit durchgeführt, um sie meine Erkenntnisse über "ihren" Studiengang diskutieren zu lassen und sie nach ihrem Erleben und ihrer Wahrnehmung ihres Studienganges zu fragen – und ob die auf dem Papier festgelegten Fähigkeiten auch die sind, die in der Realität gelehrt werden - und ob sie die sind, die in der Praxis gebraucht werden. Die Gruppendiskussionen wurden mit der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring ausgewertet.

Es zeigte sich, dass die politische Bildung zwar einen sehr kleinen Teil des Studiums einnimmt, aber als Querschnittsaufgabe gesehen wird. Außerdem wurde deutlich, dass formale Lernräume nicht der einzige Aspekt der akademischen Ausbildung sind, in dem Lernen stattfindet. In meinem Beitrag möchte ich meine Ergebnisse sowie meine Schlüsse daraus zur Diskussion stellen.

Abstract für einen Workshop / einen Beitrag zum BarCamp der Arbeitstagung „Soziale Arbeit als Ort der politischen Bildung“

Titel: Geschichtswerkstatt Soziale Arbeit - politische Vermächtnisse aus den Anfängen der Profession

Soziale Arbeit ist „Kein Dilettantismus, kein interessanter Zeitvertreib für unausgefüllte Stunden“, schrieb Ellen Ammann, die Gründerin der zweiten Sozialen Frauenschule im Deutschen Reich im frühen 20. Jahrhundert. Sowohl sie als auch Alice Salomon und viele ihrer waren eng mit den politischen Geschehnissen ihrer Zeit verflochten. Wo liegen die politischen Ursprünge Sozialer Arbeit, und wann beginnt sie, ein Beruf, eine Wissenschaft, eine Profession zu sein? Wie lehren und erfahren wir über die historisch-politischen Zusammenhänge unserer Profession und ihre politischen Widerstände, Kooperationen und die inneren und äußeren Widersprüche, die mit einer klaren Positionierung verbunden sind? Wer sind unsere politischen Vorbilder in der Sozialen Arbeit? In diesem Workshop möchte ich zum einen Personen vorstellen, die im Studiengang der Sozialen Arbeit Studierende inspirieren können, und zum anderen das Konzept der Geschichtswerkstatt Soziale Arbeit, das ich in meinem Lehrauftrag an der KSH entwickelt habe vorstellen.

Vor allem aber werden wir In diesem Workshop gemeinsam wir den Personen, Begebenheiten und Bewegungen nachspüren, die zur Entwicklung dessen beigetragen haben, was heute als Profession Soziale Arbeit und als Beruf Sozialarbeiter*in heißt und ihren und damit auch unseren Weg möglichen Weg skizzieren.

Freitag, 22.11.2024 12:50 Uhr – 13:50 Uhr R 114



Autorinnen:

Mathilda Rieck, M.A. (mathilda.rieck@uni-oldenburg.de)

Meryem Nafati, B.A. (meryem.nafati1@uni-oldenburg.de)

Soziale Arbeit und Hochschulpolitik – Politische Bildung im Studium der Sozialen Arbeit

Die Positionierung und Anerkennung der Sozialen Arbeit als Profession ist mittlerweile unbestritten, jedoch wird ihr Stellenwert und ihre Geltung als *politische* Profession seit ihrer Etablierung kontinuierlich diskutiert. Bereits im Studium werden angehende Sozialarbeiter*innen mit politischen Theorien Sozialer Arbeit konfrontiert. Ansätze wie die *menschenrechtsorientierte Soziale Arbeit* (Staub- Bernasconi 2018) oder die *kritische Soziale Arbeit* (Wendt 2022) gelten als Klassiker der Reflexion auf die Verbindung von Sozialer Arbeit und Politik. Insbesondere die Frage nach einer spezifischen Ethik, bzw. einem professionellen Ethos ist ein relevanter Bestandteil der Ausbildung zum*zur Sozialarbeiter*in.

Zurecht plädieren daher unzählige Autor*innen für eine Stärkung der politischen Bildung im Kontext von Sozialer Arbeit und für die Förderung der Professionalisierung im Bereich Sozialarbeitspolitik sowie für mehr Engagement hinsichtlich der Förderung politischer Kompetenzen und insbesondere einer politischen Haltung innerhalb der Hochschullehre (Schäfer 2019; Kulke 2021; Burzlaff 2021; Dischler 2014). Die Beschäftigung mit diesen Inhalten soll idealerweise zur Etablierung eines professionellen Habitus führen, der Aspekte wie Respekt vor der Würde des Menschen, das Aufzeigen und Bearbeiten sozialer Probleme sowie eine ethische Ausrichtung gemäß des Ethikkodex des *DBSH*, einschließt.

Darüber hinaus müssen Praktiker*innen eine Haltung entwickeln, mithilfe derer sie sich selbst als politisch wirkmächtige und aktionsfähige Kräfte verstehen können. Die empirische Forschung zeigt, dass Studierende der Sozialen Arbeit bereits Potenziale mitbringen, und in Teilen ein großes Interesse an Politik und der Umsetzung eines politischen Auftrags auf der professionellen Ebene aufweisen (Roth & Yollu-Tok 2017; Kulke 2021; Roth & Ragus 2018; Habermann 2014). Die Internalisierung und Reflexion derartiger Haltungen ist jedoch nicht nur abhängig von im Studium vermittelten Inhalten, sondern auch von dem Auftreten und Handeln der Dozent*innen, welche für diese Vermittlung zuständig sind (Ebert 2012). Daraus lassen sich Handlungsimperative für eine qualitativ hochwertige Hochschullehre formulieren.

Lindner (2014) plädiert für eine *Politisierung* durch eine Professionalisierung der Politikberatung und Lobbyarbeit im Kontext einer politik- wie erziehungswissenschaftlichen Fundierung dieser Professionalisierung. Burzlaff (2021), in deren Verständnis sich der Bedarf zur Ausbildung einer

politischen Handlungsfähigkeit von Praktiker*innen in jedem Bereich der Sozialen Arbeit – also nicht lediglich in Form von Politikberatung und Lobbyarbeit – mittels angemessener Vermittlung von Kompetenzen der *Policy Practice* innerhalb des Studiums umsetzen lässt, verweist dabei auf die Relevanz der Schaffung eines Raumes, indem die für politisches Agieren relevanten Kompetenzen erprobt und reflektiert werden können. Universitäten und Hochschulen könnten diesen Raum bieten.

In einem Vortrag mit anschließender Diskussion soll aufgezeigt werden, welche Möglichkeiten es im Kontext von Hochschule für Dozent*innen Sozialer Arbeit gibt, das Konzept *Policy Practice* umzusetzen und dadurch politisches Handeln nicht nur inhaltlich zu vermitteln, sondern auch praktisch vorzuleben. Dabei wird insbesondere in Bezug auf die ethischen Grundlagen sozialer Arbeit für politisches Handeln an der Hochschule votiert – jedoch auch unter Berücksichtigung der Schwierigkeiten, die dies mit sich bringt. Diskutiert werden soll zum einen die Frage nach der Verantwortung Sozialer Arbeit hochschulpolitisch zu agieren. Zum anderen soll erörtert werden, inwieweit eine solche

hochschulpolitische Praxis umsetzbar sein kann, ohne Grenzen zu überschreiten und auch, wie diese Praxis in Zeiten komplexer gesellschaftlicher Konflikte und aufgeheizter politischer Debatten möglich sein kann. Es soll so abschließend deutlich werden, dass eine Auseinandersetzung mit dem eigenen hochschulpolitischen Handeln förderlich für die politische Bildung Studierender und ihrem politischen Selbstverständnis als zukünftige Sozialarbeiter*innen ist.

Potenzielle Literatur:

Burzlauff, M. (2021b). Denkanstöße und Ideen für die Policy-Practice-Lehre. In: Dischler, A. & Kulke, D. (Hrsg.). *Politische Praxis und Soziale Arbeit. Theorie, Empirie und Praxis politischer Sozialer Arbeit* (S. 279-98). Opladen: Barbara Budrich.

Dallmann, H.-U. & Volz, F.R. (2013). *Ethik in der Sozialen Arbeit*. Schwalbach i. T.: Wochenschau.

Dischler, A. & Kulke, D. (2021). *Politische Praxis und Soziale Arbeit. Theorie, Empirie und Praxis politischer Sozialer Arbeit*. Opladen: Barbara Budrich.

Habermann, K. (2014). Politische Einstellung und Motivation zu vorurteilsfreiem Verhalten von Studierenden der Sozialen Arbeit. *Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge*, 2014(4), 182-187.

Heckmann, F. (2016). *Ethik, was ist das eigentlich?* In V. Begemann, F. Heckmann & D. Weber (Hrsg.), *Soziale Arbeit als angewandte Ethik: Positionen und Perspektiven für die Praxis* (S. 15-32). Stuttgart: W. Kohlhammer.

- Kulke, D. (2021). Vom „im Kleinen helfen“ bis hin zu „kritisch einmischen“: Der politische Auftrag Sozialer Arbeit und die politische Partizipation von Studierenden der Sozialen Arbeit. In: Dischler, A. & Kulke, D. (Hrsg.). *Politische Praxis und Soziale Arbeit. Theorie, Empirie und Praxis politischer Sozialer Arbeit* (S. 139-163). Opladen: Barbara Budrich.
- Roth, G. & Yollu-Tok, A. (2017). Politische Einstellungen bei Studierenden im Bereich Sozialwesen (Soziale Arbeit, Sozialarbeit, Sozialpädagogik). *Neue Praxis*, 2017(2), 155-172.
- Roth, G., & Ragus, S. (2018). Sozialarbeit und Politik. Wie beurteilen SozialarbeiterInnen politische Aufgaben in der Praxis Sozialer Arbeit und wie politisch interessiert, engagiert und kompetent sehen sie sich selbst? In: *Neue Praxis*, 48(4), 376–388.
- Schäfer, S. (2019). Re-Politisierung und politische Bildung. *Sozial Extra*, 44(1), 13- 16.
- Schäfer, T. (2021). *Ethik für die Soziale Arbeit und helfende Berufe. Eine Einführung in ethisches Denken, Handeln und philosophische Reflexion*. Opladen: Barbara Budrich.
- Staub-Bernasconi, S. (2018). *Soziale Arbeit als Handlungswissenschaft - soziale Arbeit auf dem Weg zu kritischer Professionalität* (2. Aufl.) Leverkusen: UTB.
- Wendt, D. (Hrsg.) (2022). *Kritische Soziale Arbeit*. Weinheim Basel: Beltz Juventa.
- Widmaier, B. (2021). Politische Bildung. In: R. Amthor, B. Goldberg, P. Hansbauer, B. Landes & T, Wintergerst (Hrsg.). *Wörterbuch Soziale Arbeit* (9. Aufl., S. 654-656). Weinheim Basel: Beltz Juventa.

CfP – Soziale Arbeit als Ort der Politischen Bildung – Demokratie, Partizipation und Teilhabe in der

Freitag, 22.11.2024 12:50 Uhr – 13:50 Uhr R 114

Politische Bildung als Leerstelle im Studium!?

Überlegungen zu einer Fachdidaktik der Politischen Bildung in der Sozialen Arbeit

Obwohl die Profession Soziale Arbeit für die Aufgaben und Herausforderungen im Rahmen non-formaler politischer Bildung aufgrund des niedrigschwelligen, alltagsorientierten und partizipativen Zugangs zu ihren Adressat:innen in besonderer Weise geeignet erscheint, werden zukünftige Fachkräfte auf diese Aufgabe nur unzureichend vorbereitet (vgl. Görtler/Nugel i.E.; Schmidbauer/Kachel 2023). Und auch eine Fachdidaktik der Politischen Bildung in der Sozialen Arbeit ist – trotz Bemühungen in anderen Bereichen (vgl. Debiel u.a. 2020) – liegt bislang nicht vor.

Angesichts eines geringen Implementationsgrades von Inhalten politischer Bildung in das Studium der Sozialen Arbeit im deutschsprachigen Raum lassen sich die Fragen, ob, wie und wo Politische Bildung in der Sozialen Arbeit eine Rolle spielt, wer damit eigentlich erreicht wird oder was mit ihr bewirkt und bezweckt wird, daher kaum zufriedenstellend beantworten.

Nittel hat mit Blick auf die Rolle non-formaler politischer Bildung im Rahmen der Bildungsberichterstattung der Bundesrepublik Deutschland davon gesprochen, dass non-formale politische Bildung weitgehend nicht berücksichtigt oder sogar aus dem öffentlichen und fachlichen Bildungsdiskurs ausgeklammert werde (vgl. Nittel 2023). Diese „Ausklammerung eines für den Fortbestand unserer Demokratie strategisch wichtigen pädagogischen Subsystems“ mute, so Nittel „bizarr an“ (Nittel 2023: 38f.).

Wenn der Sozialen Arbeit eine zentrale Rolle bei der Demokratieförderung zukommt, wie es der 16. Kinder- und Jugendbericht thematisiert (vgl. BMFSFJ 2020), läge es dann nicht auf der Hand, die politische Bildung im Studium der Sozialen Arbeit deutlich stärker zu verankern? Die Selektivität, mit der politische Bildung in die Curricula deutscher Hochschulen für angewandte Wissenschaften integriert bzw. nicht integriert ist, spiegelt auf der strukturellen Ebene offenbar die Selektivität wider, mit der non-formale politische Bildung aus dem bundesdeutschen Bildungsdiskurs – scheinbar permanent – ausgeklammert wird. Auch wenn ein Bildungsmonitoring für den Bereich non-formaler politischer Bildung im Kontext der Sozialen Arbeit bislang ein Desiderat ist, zeigen die Ergebnisse der vorliegenden Modulhandbuchanalysen, dass Fachkräfte der Sozialen Arbeit für diese Aufgabe im Rahmen ihrer Qualifikation durch formale Lernsettings der Hochschulbildung nicht hinreichend vorbereitet sind.

Vor diesem Hintergrund werden im Beitrag ausgewählte Ergebnisse der Modulhandbuchanalysen skizziert und darauf aufbauend Vorschläge für eine Didaktik der

Politischen Bildung in der Sozialen Arbeit diskutiert, um auf die beschriebenen Defizite zu reagieren.

Literatur (Auswahl):

BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2020): 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Referat Öffentlichkeitsarbeit. Berlin.

Nittel, D. (2023): Ausgeklammert. Die Marginalisierung der politischen Bildung im Spiegel des Nationalen Bildungsberichts 2022. In: Journal für politische Bildung 2, S. 38-41.

Debiel, S./Lamp, F./Escher, K./Spindler, C. (Hrsg.) (2020): Fachdidaktik Soziale Arbeit. Fachwissenschaftliche und Lehrpraktische Zugänge. Verlag Barbara Budrich. Leverkusen u. a.

Nugel, M./Görtler, M. (i.E.): Politische Bildung als Leerstelle!? Eine Analyse zum Status der politischen Bildung im Studium der Sozialen Arbeit. In: Zeitschrift für Sozialpädagogik.

Schmidbauer, S./Kachel, M. (2023): Politische Bildung im Studiengang Soziale Arbeit. Eine Analyse von Modulplänen von Bachelor-Studiengängen Sozialer Arbeit in Deutschland. In: Soziale Arbeit 2/2023, S. 52-58.

Autoren

Dr. Martin Nugel, Professor für Theorien, Konzepte und Methoden der Sozialen Arbeit an der Evangelischen Hochschule Nürnberg

Dr. Michael Görtler, Professor für Theorien und Geschichte der Sozialen Arbeit an der OTH Regensburg

Freitag, 22.11.2024 12:50 Uhr – 13:50 Uhr R 113

CfP Soziale Arbeit als Ort der Politischen Bildung – Demokratie, Partizipation und Teilhabe in der Zivilgesellschaft am 22.11. und 23.11.2024 TH Köln, durchgeführt von der DGSA und GPJE

Workshopbeitrag für den Themenbereich „Soziale Arbeit und Politische Bildung – Theoretische Bestimmungen und Perspektiven aus Disziplin und Profession“ von und mit

- Prof. Dr. Ute Kahle, SRH University of Applied Sciences, Standort Dresden, Ute.Kahle@srh.de
- Prof. Dr. Marion Wüchner- Fuchs, Wilhelm-Löhe-Hochschule, Fürth, [Marion.Wüchner- Fuchs@srh.de](mailto:Marion.Wüchner-Fuchs@srh.de)

„Zur Bedeutung kritisch-konstruktiver Bildungstheorien und Didaktik für demokratische Bildungsprozesse, Teilhabe und Partizipation“

Mitte der 1980er Jahre legt Klafki mit seinen *Neuen Studien zur Bildungstheorie und Didaktik* ein Bildungskonzept und eine kritisch-konstruktive Didaktik vor, deren wesentlicher Bestandteil in der Aufnahme und Adaption der Kritischen Theorie besteht. Die Befähigung aller Kinder, Jugendlichen sowie Erwachsener zu Mitbestimmung, Selbstbestimmung und Solidarität und die Hinwendung zum Individuum sind darin zentrale Bestimmungsgrößen (Klafki 2007). In der Tradition der Geisteswissenschaften orientiert sich Klafki an einem Bildungsbegriff, der von ihm zum Konzept der kategorialen Bildung weiterentwickelt wurde. Basierend auf dem Demokratieprinzip (Klafki 1996, 54) führen seine Überlegungen zu einem Allgemeinbildungskonzept, welches sich mit epochaltypischen Schlüsselproblemen befasst und damit anschlussfähig für den Diskurs um Demokratie, Teilhabe und Inklusion wird.

In diesem Beitrag werden Bezüge zwischen dieser kritisch-konstruktiven Bildungstheorie für demokratischen Bildungsprozessen, Teilhabe und Partizipation aufgezeigt, da Klafkis Modell als ein politisches Programm zur Demokratisierung von Bildung und Schule verstanden werden kann (Jank / Meyer 2014, 231). Ausgehend von den drei Klafkischen Grundfähigkeiten der Selbstbestimmung, Mitbestimmung- und Solidarität wird im Workshop gemeinsam der Frage nachgegangen, wie sich demokratische Bildung in der Allgemeinen Didaktik verorten lässt und stellt diese hinsichtlich der Impulse, die sie für Teilhabe und Partizipation (Kahle 2021, 74ff.) im Sinne der UN-Menschenrechtskonvention, UN-Kinderrechtskonvention und UN- Behindertenrechtskonvention liefern kann, auf den

Prüfstand.

Gerade auch in der Unterscheidung zu allgemein-didaktischen Modellen, wie sie von Feuser (1989) mit seiner Entwicklungslogischen Didaktik und Reich (2014, 2016) mit seiner systematisch-konstruktiven Didaktik vorgelegt wurden, wird rekonstruiert, welche Impulse der Diskurs zur kritisch-konstruktiven Bildungstheorie, in der Klafki sein Verständnis von „Allgemeinbildung als Bildung für alle“ (Klafki 1996, 54) erläutert, zu demokratischen, teilhabeorientierten und partizipativen Bildungsprozessen liefern kann.

Wörter: 271

Literatur

Adorno, T. W. (2020): Erziehung zur Mündigkeit, (28. Aufl.), Berlin, Suhrkamp
Deutsches Institut für Menschenrechte (Hrsg.): Datenbank für Menschenrechte und
Behinderung; <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/menschenrechtsschutz/datenbanken/datenbank-fuer-menschenrechte-und-behinderung/detail/artikel-30-un-brk>, Zugriff am
15.09.2022

Feuser, G. (2002): Integration, Allgemeine Pädagogik und Erziehungswissenschaften - ein neu zu bestimmendes Verhältnis, Vortragsmanuskript Ringvorlesung "Zukunft Erziehungswissenschaft", Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Innsbruck, 11./12.10.2002

Jank, W. / Meyer, H. (2014): Didaktische Modelle, 14. Auflage, Berlin, Cornelsen

Kahle, U. (2021): Inklusion, Teilhabe und Behinderung. Herausforderungen und Perspektiven der Transformationsprozesse von Organisationen der Behindertenhilfe aus institutioneller Sicht, (3. Aufl.), Marburg, Lebenshilfeverlag

Klafki, W. (1998): Selbsttätigkeit als Grundprinzip des Lernens in der Schule - Wiederaufnahme und Weiterentwicklung einer reformpädagogischen Idee und ihre Verwirklichung in der Schule. <http://archiv.ub.uni-marburg.de/sonst/1998/0003/k08.html>

Klafki, W. (2007): Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik: Zeitgemäße Allgemeinbildung und kritisch-konstruktive Didaktik (6. Aufl.), Weinheim, Beltz Bibliothek

Klafki, W. (1986): Die Bedeutung der klassischen Bildungstheorien für ein zeitgemäßes Konzept allgemeiner Bildung. Herwig Blankertz in Memoriam, Zeitschrift für Pädagogik 32 (1986) 4, S. 455 - 476

Reich, K.: (2014): Inklusive Didaktik. Bausteine für eine inklusive Schule, Weinheim, Beltz

Reich, K.: (2016): Kernelemente einer inklusiven Didaktik. Onlinevortrag

<https://www.youtube.com/watch?v=LPfr0sgtKyY> [30.08.2022]

Ziemen, K. (2018): Didaktik und Inklusion, Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht

Kontaktdaten

Prof. Dr. Ute Kahle
SRHUniversity of Applied Sciences
Hochschule Standort Dresden
Georgenstraße 7
01097 Dresden
Ute.Kahle@srh.de
Mobil: 01520-3470169

Prof. Dr. Marion Wüchner-Fuchs
SRH Wilhelm-Löhe-
Merkurstr. 19
90763 Fürth
Marion.Wüchner-Fuchs@srh.de
Mobil: 0173-5808285

Das Recht des Kindes auf Beteiligung und Mitbestimmung Ernstzunehmendes Grundprinzip oder lediglich ein Lippenbekenntnis?!

Kinderrechte sind Menschenrechte! Kinderrechte sind keine Sonderrechte, sondern eine Ausformulierung der Menschenrechte, die der Entwicklungstatsache und Lebenssituation von Kindern Rechnung tragen. Sie bringen tiefgreifende und revolutionäre Konsequenzen für die Position von Kindern als Rechtssubjekten und den Umgang mit Kindern in der Gesellschaft mit sich.

Durch die Ratifikation der UN-Kinderrechtskonvention im Jahr 1992 wurden deren Bestimmungen und Normen der in Deutschland geltendes Bundesrecht und somit sind für die Soziale Arbeit rechtlich bindend und ihre Umsetzung keine Frage des Beliebens!

Die gesetzliche Verankerung der Kinderrechte als Bundesgesetz ist ein wichtiger Meilenstein im Prozess Kinderrechte gesellschaftlich zu implementieren und etablieren. Laut einer Studie des Deutschen Kinderhilfswerks gaben ca. 75 % der befragten Erwachsenen und ca. 60% der Kinder und Jugendlichen an, Kinderrechte nur vom Namen her zu kennen. Darüber hinaus erklärten ca. 24 % der Kinder und Jugendlichen von

Kinderrechten noch nichts gehört zu haben.¹ Diese Befunde bestätigen, leider auch 35

Jahre nach Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention die Diagnose Kerber-Ganses aus dem Jahr 2009, dass Kinderrechte „in der kaum informierten Öffentlichkeit dieses Landes eine bis heute immer noch geringe Rolle“ spielen.

Ein Blick in die Abschließenden Bemerkungen zum kombinierten 5./6. Staatenbericht Deutschlands zur UN-Kinderrechtskonvention vom 23.09.2022 zeigt, dass der Ausschuss Deutschland zwar für seine vielfältigen gesetzgeberischen Maßnahmen zur Umsetzung des Übereinkommens lobt und dennoch formuliert der Ausschuss eine Vielzahl an Empfehlungen zur gesellschaftlichen Etablierung, die auch die professionelle Praxis der Sozialen Arbeit, betreffen. So kritisiert der Ausschuss Deutschland zum Wiederholten mal u.a., dass die Partizipation von Kindern in politischen Entscheidungsprozessen immer noch kaum stattfindet.

Soziale Arbeit kann im Rahmen politischer Bildung Angebote für unterschiedliche Zielgruppen entwickeln und dazu beitragen Kinderrechten in der gesamten Gesellschaft bekannt zu machen und umzusetzen.

¹ Vgl. Statista Research Department, Bekanntheit der UN-Konvention über die Rechte von Kindern 2018

Im Rahmen des Workshops soll ein Einblick in die Grundzüge der UN-Kinderrechtskonvention gegeben werden, um dann exemplarisch zu analysieren und diskutieren welche Aufgaben und Herausforderungen Artikel 2 (Das Recht auf Nicht- Diskriminierung) und Artikel 12 (Das Recht auf Mitbestimmung und Berücksichtigung der Meinung) für die politische Bildung und professionelle Soziale Arbeit mit sich bringen. Es werden praxisrelevant Strategien zur Umsetzung erarbeitet und kritisch reflektiert.

Referent:innen:

Maike Nadar, Sozialarbeiterin, M.A., M.S.W.

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Allgemeine Pädagogik und Sozialpädagogik der Universität Rostock; Promovendin an der FAU Erlangen/Nürnberg zu Sozialer Arbeit und Menschenrechte;

Sascha Golais, Sozialarbeiter, M.S.W.

Mobile Jugendarbeit Leipzig e.V. ; Absolvent des Masterstudiengangs Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession

Einreichung Einzelbeitrag

Arbeitstagung: Soziale Arbeit als Ort der Politischen Bildung – Demokratie,
Partizipation und Teilhabe in der Zivilgesellschaft

Freitag, 22.11.2024 12:50 Uhr – 13:50 Uhr Hörsaal 201

Maria Diedrich

Hüterin der Demokratie? Eine historische Spurensuche zum Verhältnis von Demokratie und rechten Bewegungen in Bildungsprozessen im Kontext Sozialer Arbeit

Der Beitrag geht von einem dialektischen Verhältnis Sozialer Arbeit und Demokratie aus (Vgl. u.a. Sünker 2009, 2017): Soziale Arbeit ist Teil historischer Demokratisierungsprozesse, gleichzeitig hat sie sich an Ausschluss beteiligt und neigt dazu, Konflikte stigmatisierend, disziplinierend oder „ent-bürgerlichend“ (Wagner 2013: S. 219) zu bearbeiten (vgl. etwa Lütke- Harmann 2013; Stehr/Anhorn 2018). Anhand des (historischen) Verhältnisses von Sozialer Arbeit und rechter Bewegungen argumentiert der Beitrag diese Annahme. Er weist vor allem mit Blick auf den Post-Nationalsozialismus und die sogenannte „antisemitische Schmierwelle“ 1959/60, (Vgl. u.a. Hafener 1989) darauf hin, dass zum einen eine Nicht-Auseinandersetzung Sozialer Arbeit mit dem Fortdauern (Vgl. Adorno 2003, S. 674) des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik zu beobachten ist. Der Blick auf die Debatte um „Antifaschistische Jugendarbeit“ (Vgl. u.a. Dudek 1981) in den 1970er und 1980er Jahren zeigt, inwiefern Soziale Arbeit andererseits in der Praxis der offenen Jugendarbeit mit historisch-politischer Bildung zusammenkommt, um ihren demokratischen Anspruch ernst zu nehmen (Vgl. Pach 1981; Hennig 1981). Diese Debatte macht allerdings auch deutlich, inwiefern der dortige Fokus auf historische Bildung sowie die Bearbeitung rechter Bewegungen als Probleme der Lebensbewältigung externalisierend wirken kann (Vgl. Hafener und Lochmann 1985; Dudek 1990). Hilfreich für die Eruierung demokratischer Potenziale Sozialer Arbeit und Politischer Bildung ist aktuell die Analyse ihrer „Schnittstellen“ (Gille et al. 2022: S. 9) mit rechten Bewegungen und ihrer Beteiligung an den Bedingungen von deren Möglichkeit. Um dann davon ausgehend Demokratisierung zu denken.

Format:

Einzelbeitrag: Input und Diskussion

u.a. im Themenfeld „Soziale Arbeit als Ort der Demokratieförderung?! Positionen und Kontroversen“

Kontakt:

Maria Diedrich (M.A. Soziologie)

Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft

Ludwigshafen maria.diedrich@hwg-lu.de

Einreichung Einzelbeitrag

Arbeitstagung: Soziale Arbeit als Ort der Politischen Bildung – Demokratie,
Partizipation und Teilhabe in der Zivilgesellschaft

Dissertation: Agentin der Demokratie? Zum Verhältnis von Sozialer Arbeit und
„Rechtsextremismus“ (Arbeitstitel),

Fachbereich Erziehungswissenschaften Johann Wolfgang Goethe-Universität
Frankfurt/Main

Literatur

Adorno, Theodor W. (2003): Erziehung nach Auschwitz. In: Theodor W. Adorno: Kulturkritik und Gesellschaft II. Frankfurt a.M: Suhrkamp Verlag, S. 674-690.

Dudek, Peter (1981): Grenzen und Möglichkeiten antifaschistischer Jugendarbeit. In: Hafeneger, Benno; Paul, Gerhard; Schoßig, Bernhard (Hrsg.): Dem Faschismus das Wasser abgraben. Zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus. München: Juventa-Verlag, S. 115-134.

Dudek, Peter (1990): Antifaschismus. Von einer politischen Kampfformel zum erziehungstheoretischen Grundbegriff? In: *Zeitschrift für Pädagogik* 36 (3), S. 353-370.

Gille, Christoph; Jagusch, Birgit; Chehata, Yasmine (2022): Die extreme Rechte in der Sozialen Arbeit. Eine dreifache Bewegung. In: Gille, Christoph; Jagusch, Birgit; Chehata, Yasmine (Hrsg.): Die extreme Rechte in der Sozialen Arbeit. Grundlagen – Arbeitsfelder – Handlungsmöglichkeiten.

Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 9-18.

Hafeneger, Benno (1989): Pädagogik gegen rechts. Zur Geschichte der pädagogischen Reaktionsmuster gegen den Rechtsextremismus. In: Paul, Gerhard (Hrsg.): Hitlers Schatten verblaßt. Die Normalisierung des Rechtsextremismus. Bonn: Dietz Verlag, S. 195-219.

Hafeneger, Benno; Lochmann, Walter (1985): Antifaschistische Jugendarbeit: Gibt's die? In: *Widersprüche* 5 (16), S. 57-64.

Hennig, Eike (1981): Zur Einschätzung verschiedener Lernfelder: Spurensicherungen und Stadtrundfahrten. In: Hafeneger, Benno; Paul, Gerhard; Schoßig, Bernhard (Hrsg.): Dem Faschismus das Wasser abgraben. Zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus. München: Juventa- Verlag, S. 135-136.

Lütke-Harmann (2013): Patchwork - Oder über die Frage, wie die Soziale Arbeit das Politische mit dem Sozialen verbindet. In: Geisen, Thomas; Kessl, Fabian; Olk, Thomas; Schnurr, Stefan (Hrsg.): Soziale Arbeit und Demokratie. Wiesbaden: Springer, S. 46-75.

Pach, Sigi (1981): Alternative Stadtrundfahrten. Das Hamburger Modell. In: Hafeneger, Benno; Paul, Gerhard; Schoßig, Bernhard (Hrsg.): Dem Faschismus das Wasser abgraben. Zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus. München: Juventa-

Einreichung Einzelbeitrag

Arbeitstagung: Soziale Arbeit als Ort der Politischen Bildung – Demokratie,
Partizipation und Teilhabe in der Zivilgesellschaft

Verlag, S. 56-68.

Stehr, Johannes; Anhorn, Roland (2018): Konflikt als Verhältnis - Konflikt als Verhalten - Konflikt als Widerstand: Widersprüche der Gestaltung Sozialer Arbeit zwischen Alltag und Institution. In: Stehr, Johannes; Anhorn, Roland, Rathgeb, Kerstin (Hrsg.): Konflikt als Verhältnis - Konflikt als Verhalten - Konflikt als Widerstand. Widersprüche der Gestaltung Sozialer Arbeit zwischen Alltag und Institution: Springer, S. 1-40.

Sünker, Heinz (2009): Demokratie und Mündigkeit oder Disziplin und Unterwerfung. In: Otto, Hans- Uwe; Sünker, Heinz (Hrsg.): Demokratische Bildung oder Erziehung zur Unmündigkeit. Pädagogisch- politische Alternativen heute. Lahnstein: Verlag neue praxis, S. 225-242.

Sünker, Heinz (2017): Politische Produktivität Sozialer Arbeit und demokratische gesellschaftspolitische Perspektiven im 21. Jahrhundert. In: Braches-Chyrek, Rita; Sünker, Heinz (Hrsg.): Soziale Arbeit in gesellschaftlichen Konflikten und Kämpfen. Wiesbaden: Springer, S. 7-41.

Wagner, Thomas (2013): Entbürgerlichung durch Adressierung? Eine Analyse des Verhältnisses Sozialer Arbeit zu den Voraussetzungen politischen Handelns. Wiesbaden: Springer.

Einreichung Einzelbeitrag

Arbeitstagung: Soziale Arbeit als Ort der Politischen Bildung – Demokratie,
Partizipation und Teilhabe in der Zivilgesellschaft

Freitag, 22.11.2024 12:50 Uhr – 13:50 Uhr Hörsaal 201

Panel: Demokratieförderung zwischen politischer Bildung und Sozialer Arbeit

Im Panel werden Mobile Beratung und politische Bildung gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus als zwei Komponenten der Demokratieförderung hinsichtlich ihrer Struktur und Arbeitsverhältnisse diskutiert. Schließlich werden sie jeweils ins Verhältnis zur Sozialen Arbeit gesetzt, Schnittmengen, Unterschiede und gemeinsame kritische Perspektiven skizziert. Das Panel besteht aus den zwei folgenden Einreichungen. Zudem stehen wir jedoch bereits mit Maria Diedrich in Kontakt, die alleine eingereicht hat. Ihr Beitrag ließe sich falls gewünscht noch sehr gut diesem Panel hinzufügen.

Paul Erxleben: Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in den Widersprüchen der Demokratieförderung

Die Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus und für eine demokratische Kultur arbeiten in besonderer Weise an den gesellschaftlichen Prozessen der Aushandlung von Demokratie und Autoritarismus. Sie bilden Schnittstellen von sozialer Arbeit und politischer Bildung im Gemeinwesen und verfolgen das Ziel einer Demokratisierung der Demokratie, die formale Fokussierungen auf Institutionen übersteigt. Ihr „zugrundeliegende[r] Demokratiebegriff ist prozess- und partizipationsorientiert“ (Bundesverband Mobile Beratung 2021, p. 13). Illiberale und identitäre Demokratiekonzepte rechter Akteure dechiffrieren die Berater:innen als Neukonfigurationen autoritärer Traditionsbestände. Sie unterstützten ihre Beratungsnehmenden vielfältig mit Bildungsangeboten und bei der Konzeptentwicklung zu einer menschenrechtsorientierten Umgangsweise mit Ideologien der Ungleichwertigkeit, die stets die „Betroffenenperspektive“ einbezieht (Bringt/Klare 2019: 319). Damit ist Mobile Beratung ihrem Ansatz nach eine explizite und reflektierte Form „demokratischer Professionalität“ in der sozialen Arbeit (Oehler 2018).

Ein an der kritischen Theorie geschulter wissenschaftlich Blick offenbart jedoch zahlreiche Spannungsfelder und Widersprüche dieser Form der professionellen Demokratieförderung (Diedrich/Erxleben 2023). Auf Grundlage von Expert:inneninterviews, teilnehmender Beobachtung, Dokumentenanalyse und

Fallauswertungen zeigt sich ein vielfältiges Bild der Praxis. Einige der Spannungsfelder sind für die Fragestellung der Tagung von besonderen Interesse:

- Zunehmend positionieren Politik, Medien und auch Bildner:innen und Berater:innen „Demokraten“ gegen „Demokratieförderung“. Wie bei der Extremismus- Doktrin leistet dies einer Externalisierung Vorschub, statt gesellschaftliche Vermittlungen offenzulegen (Decker et al 2022: 16).
- Tendenzen der Versicherheitlichung und Verstaatlichung wird von Mobilen Berater:innen und politischen Bildner:innen gemeinsam beobachtet und bekämpft (BMB 2019). Die Struktur der Förderlogik, auch in der Aktuellen Debatte um die Fortsetzung von Demokratie Leben!, verstärkt jedoch diese Entwicklung und vertieft die Konkurrenz in die Träger systematisch gebracht werden.
- Kritische Wissenschaftler:innen beobachten eine Verengung der Inhalte und Ausrichtungen der Demokratiewerk, die zunehmend die soziale Frage de-thematisiert (Reimer 2013: 47). Dem entspricht eine Zurückdrängung von Politik zugunsten von „Demokratie“ (Widmaier 2018) in der Beratungs- und Bildungspraxis.
- In Interviews und Texten der Profession Mobile Beratung zeigt sich jedoch ein waches Gespür für neoliberale und staatliche Vereinnahmungsversuche: Dies bedeutet Kritik an undemokratischen Praktiken des Staates, auch wenn er Fördermittel gewährt (Klose 2013), ebenso wie kontroverse Debatten über aufkommende Konzepte wie „Intersektionalität“ (BMB 2023).

Literatur

Bundesverband Mobile Beratung eV. „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus. Inhaltliche und methodische Grundsätze“, 2021. https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2021/06/BMB_Grundsatzpapier_2021.pdf.

Bundesverband Mobile Beratung eV. „Auf zu neuen Ufern. Warum Mobile Beratung und Politische Bildung mehr sein müssen als Extremismusprävention“, 2019. https://mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2021/02/Auf-zu-neuen-Ufern_web.pdf.

Bundesverband Mobile Beratung eV. „Wer ist die Zivilgesellschaft? Migrantinnenorganisationen und Mobile Beratung im Dialog“, 2023.

<https://bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2023/03/2023-BMB-Tagungsband-Wer-ist-die-Zivilgesellschaft-Migrantinnenorganisationen-und-Mobile-Beratung-im-Dialog.pdf>.

Decker, Oliver, Johannes Kiess, Aylene Heller, und Elmar Brähler. „Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?“ In *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten*, 11–28. Gießen: Psychosozial-Verlag, 2022.

Diedrich, Maria, und Paul Erleben. „Beratungsbedarf im umkämpften Terrain“. In *Beratung zu Rechtsextremismus und Demokratiegefährdung*, herausgegeben von Esther Lehnert, Friedemann Bringt, Marion Mayer, und Nora Warrach, 143–55. Weinheim: Barbara Budrich, 2023.

Klose, Bianca. „...notfalls auch die „gebende Hand“ beißen“. Bianca Klose, Leiterin der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR), im Gespräch mit Friedrich Burschel“. In „Der Sommer ist vorbei ...“: vom Aufstand der „Anständigen“ zu „Extremismus“-Klausel; Beiträge zu 13 Jahren „Bundesprogramme gegen Rechts“, herausgegeben von Friedrich Burschel, Uwe Schubert, und Gerd Wiegel, 1. Aufl., 16–28. Münster: Ed. Assemblage, 2013.

Oehler, Patrick. *Demokratie und Soziale Arbeit : Entwicklungslinien und Konturen demokratischer Professionalität*. Wiesbaden: Springer VS, 2018.

Reimer, Katrin. „Rechte Ideologie und soziale Frage. Soziale Arbeit und Politische Bildung in Zeiten des rechtspopulistischen Neoliberalismus“. In „Der Sommer ist vorbei...“: vom Aufstand der „Anständigen“ zur „Extremismus“-Klausel ; Beiträge zu 13 Jahren „Bundesprogramme gegen Rechts“, herausgegeben von Friedrich Burschel, Uwe Schubert, und Gerd Wiegel, 1. Aufl., 29–51. Münster: Ed. Assemblage, 2013.

Widmaier, Benedikt. „Demokratiebildung, Demokratieförderung, Demokratiepädagogik, Demokratieerziehung, Demokratiedidaktik, Demokratielernen, Demokratieentwicklung... wie jetzt? Die neue Unübersichtlichkeit in der politischen Bildung“. *Hessische Blätter für Volksbildung–Zeitschrift für Erwachsenenbildung in Deutschland* 3 (2018): 258–66.

Freitag, 22.11.2024 12:50 Uhr – 13:50 Uhr R Hörsaal 201

Ressourcenorientierte Antworten auf demokratiepädagogische Defizite: Schlaglichter auf den Umgang der Sozialen Arbeit mit Verschwörungsideologien

Stefan Christoph¹

Verschwörungsideologische Denkmuster stellen ein Problem für das Zusammenleben in einem demokratischen Gemeinwesen dar. Sie degradieren Wahrheit zu einem rein subjektiven Feld, bevorzugen autoritäre Lösungen und schränken die Handlungsmöglichkeiten eines Gemeinwesens ein (Christoph 2022). Die Frage, wie wir mit Verschwörungsideologien umgehen wollen und wie wir verschwörungsideologische Denkmuster frühzeitig erkennen können, ist eine wichtige Frage für Beschäftigte in sozialen Berufen – für Sozialarbeiter*innen ebenso wie für andere Professionen.

Verschwörungsideologische Denkmuster sind problematisch für gesellschaftliche Integrationsdynamiken, können aber auch zu einem Problem für die Persönlichkeitsentwicklung der einzelnen Betroffenen werden. Pathologische Lernprozesse können dazu führen, dass neue Erfahrungen nicht mehr zum Lernen führen, sondern beispielsweise zur Abspaltung ganzer Sachverhalte, die mit dem eigenen ideologischen Rahmen nicht mehr vereinbar sind (Jachtenfuchs 1993; Deutsch 1973). Dies kann sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlicher Ebene fatal sein, da es nicht nur dissonanten Wahrnehmungen - und damit wiederum verschwörungsideologischen Welterklärungsmustern - Vorschub leistet, sondern auch eingeübte Lernprozesse außer Kraft setzen kann.

Auch wenn in der empirischen Forschung umstritten ist, ob beispielsweise marginalisierte Gruppen besonders anfällig für verschwörungsideologische Denkmuster sind, gehört die Konfrontation mit diesen (problematischen) Denkstrukturen in vielen Bereichen der Sozialen Arbeit zum Alltag.

Vielversprechend erscheint trotz der problemorientierten Aufgabenstellung eine ressourcenorientierte Antwort. Eine demokratiepädagogische Antwort sollte dabei auf drei Säulen aufbauen, die drei zentrale Unsicherheiten, die Verschwörungsideologien in demokratischen Gesellschaften ausnutzen, gezielt adressieren: Die epistemische, d. h. erkenntnismäßige Unsicherheit der Demokratie soll durch eine Stärkung der Faktizität (was nicht gleichbedeutend mit reinem

¹ Stefan Christoph forscht an der Universität Passau und der Universität Regensburg zu

Verschwörungsideologien und demokratischen Antworten auf das Phänomen. Er ist PYREC-Fellow an der Universität Passau und Lehrbeauftragter für Soziale Arbeit an der OTH Regensburg.

Faktenwissen ist) kompensiert werden. Der wertbezogenen bzw. normativen Unsicherheit bzw. Offenheit der Demokratie soll durch eine Resilienz gegenüber autoritären Bedrohungen begegnet werden. Und einer funktionalen Unsicherheit, in der Verschwörungsideologien demokratisch zustande gekommenes kollektives Handeln untergraben, soll durch die Stärkung der eigenen demokratischen Selbstwirksamkeit begegnet werden.

Sinnvolle demokratiepädagogische Antworten auf Verschwörungsideologien sollten alle drei Säulen adressieren, um Wirkung zu entfalten. Im Rahmen eines **Werkstattgesprächs** möchte ich Adaptionenansätze des Modells für die Soziale Arbeit aufgreifen, mit den Teilnehmenden diskutieren und das Modell weiter mit Leben füllen.



Freitag, 22.11.2024 14:00 Uhr – 15:00 Uhr R 210

Vortrag „Aufsuchende politische Bildung im Quartier“

Call for Participation für die Arbeitstagung

„Soziale Arbeit als Ort der Politischen Bildung“

In vielen sozioökonomisch benachteiligten Stadtteilen wirken sich gesamtgesellschaftliche Phänomene besonders stark aus. Der demografische Wandel und der Wegzug vieler Bewohner*innen haben zu einer Alterung der Bevölkerung, einem Rückbau des Wohnungsstands und einer Ausdünnung sozialer Infrastrukturen geführt. Im Zuge der Migrationsbewegungen entwickeln sich viele Stadtteile zu Ankunftsquartieren, wo sich viele Neuzugewanderte niederlassen. Ungleiche wirtschaftliche Entwicklungen schlagen sich durch einen Anstieg von Armut und Prekarität nieder. Die Veränderungen der Lebensbedingungen in den Quartieren und die mangelnde Responsivität von politischen Entscheidungsträger*innen gegenüber einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen befördern eine zunehmende politische Frustration und eine Abkehr von traditionellen Partizipationsformen (wie der Wahlbeteiligung und dem zivilgesellschaftlichen Engagement). Sozialarbeiter*innen und Stadtteilakteure setzen sich täglich mit diesen Themen auseinander.

Aufsuchende politische Bildung im Kontext sozialer Arbeit hat zum Ziel, diese Herausforderungen vor Ort anzugehen, indem die politische Teilhabe gestärkt und politische Partizipationsprozesse initiiert werden. Der Ansatz stellt einen Versuch dar, das Versprechen einer gleichberechtigten politischen Teilhabe aller Menschen in der Gesellschaft einzulösen, indem Möglichkeiten geschaffen werden, die individuellen Fähigkeiten zur politischen Teilhabe weiterzuentwickeln und zu nutzen.

Von 2021 bis 2024 haben wir im Modellprojekt „PartQ – Aufsuchende politische Bildung im Quartier“, das durch die Bundeszentrale für politische Bildung gefördert wird, 19 Projekte in elf Quartieren bundesweit begleitet und evaluiert. In den Projekten wurden diverse Methoden der aufsuchenden Ansprache ausprobiert (darunter beispielsweise Andocken an etablierten Institutionen der Jugendhilfe und des Streetwork und Ansprache von Bewohner*innen durch Losverfahren) und versucht, diverse Bildungsprozesse mit den Bewohner*innen zu initiieren. Die Projekte wurden von Menschen mit unterschiedlichen

Vorerfahrungen durchgeführt, vorrangig aus diversen Ecken der Quartiersarbeit.

Aus dieser Arbeit konnten wir wertvolle Erkenntnisse gewinnen, was gebraucht wird, damit der Ansatz gelingt und welche Hürden damit verbunden sind. Wir konnten beobachten, dass Fachkräfte der sozialen Arbeit und der Gemeinwesenarbeit Kompetenzen und Begleitung benötigen, um den Ansatz der aufsuchenden politischen Bildung in die eigene Arbeit zu integrieren – und dass die Verankerung des Ansatzes in der sozialen Arbeit unter anderem von alltäglichen Ressourcenfragen und zugrundeliegenden Selbstverständnissen in der Arbeitspraxis abhängt.

Im Vortrag werden die wesentlichen Erfahrungen, Erkenntnisse und in einem multiperspektivischen Prozess entwickelten Handlungsempfehlungen, wie aufsuchende politische Bildung in der Stadtteilarbeit verankert werden kann, präsentiert. Durch den Austausch und die Diskussion mit dem Publikum der Fachtagung können die theoretischen Grundlagen und praktischen Methoden politischer Bildung in der sozialen Arbeit vertieft und Raum für gemeinsame Reflexion geschaffen werden.

Freitag, 22.11.2024 12:50 Uhr – 13:50 Uhr R 210

Reflexionen in Antinomien - Momente politischer Bildung in der sozialpädagogischen Arbeit

Prof. Dr. Mirko Niehoff/Prof. Dr. Christoph Wolf (IU – Internationale Hochschule)

Format: Workshop

Im Rahmen des Workshops wird theoriegeleitet und praxisbezogen über zentrale Antinomien professionellen Handelns und deren politischen Implikationen diskutiert. Die Antinomien professionellen pädagogischen Handelns in Referenz auf Werner Helsper (vgl. Helsper 2021) lassen sich hierbei als dialektisches Spannungsverhältnis beschreiben, das stetiger Reflexion bedarf. Anhand ausgewählter Antinomien sollen die politischen Dimensionen dieses Spannungsverhältnisses herausgearbeitet werden.

So kann beispielsweise im Rahmen der Subsumtionsantinomie - die auf eine widersprüchliche Einheit zwischen Einzelfallorientierung und Klassifikation oder, allgemeiner gefasst, auf eine widersprüchliche Einheit von Besonderem und Allgemeinem zielt - über die Gleichzeitigkeit der Notwendigkeit sowie Grenzen und Probleme des professionellen Handelns anhand von (wissenschaftlichen und praxisrelevanten) Begriffen, Klassifikationen und/oder Kategorien gesprochen werden.

Die normative Begriffstheorie Theodor W. Adornos, die er vor allem in seiner Negativen Dialektik entworfen hat (vgl. Adorno 2000) und die als solche auch eine genuin herrschaftskritische Theorie ist, wird dabei als theoretisches Fundament herangezogen und im Rahmen des Workshops anschaulich und leicht verständlich erarbeitet.

Dabei wird von den theoretischen Postulaten ausgegangen, wonach das was ist, immer mehr ist, als es (begrifflich bestimmt) ist und wonach nur Begriffe das vollbringen können, was Begriffe verhindern. Im Sinne eines solchen dialektischen Konzepts wird dann ein reflexiver Umgang mit (gerade auch wissenschaftlichen und professionellen) Begriffen, Kategorien und Klassifikationen zur Diskussion gestellt – im Sinne der Idee, mit Begriffen über Begriffe hinauszugelangen. Ein professionelles Handeln also, das auf die gewaltvollen und den Dingen, Menschen und Sachverhalten gegenüber unangemessenen Aspekten des begrifflichen und identifizierenden Denkens und identifizierend reflektiert, ohne es dabei aber preiszugeben oder gar zu verwerfen.

Der Workshop soll verdeutlichen, dass ein Ausbleiben produktiv-kritischer Reflexionen auf Antinomien in Form etwa eines einseitigen Auflösens dieser Antinomien aus Sicht der politischen Bildung zu einer Gefahr für Mensch und Demokratie führen kann. In diesem Zusammenhang wird auch ein Bogen zur Ambiguitäts(in)toleranz als eine bedeutsame

Dimension und ein Lernziel in Kontexten Sozialer Arbeit und politischer Bildung geschlagen (vgl. Niehoff 2021; vgl. Lenz 2020; vgl. Klafki 1999).

Ablauf:

Nach einem assoziativen Einstieg zu den Themen Soziale Arbeit, politische Bildung und pädagogische Professionalität und der Einführung der Antinomien im professionellen Handeln nach Helsper, wird die normativ-dialektische Begriffstheorie Adornos im Rahmen eines Inputs und anhand von Illustrationen anschaulich eingeführt. Gleiches gilt für die Einführung in den Zusammenhang Ambiguität, Ambiguitätsintoleranz und Demokratie.

Die theoretischen Überlegungen sollen dann anhand ausgewählter Praxisfälle hinsichtlich ihres Nutzens und ihrer eigenen Grenzen diskutiert werden.

Literatur:

Adorno, Theodor W. (2000): Negative Dialektik. Suhrkamp, Frankfurt/Main.

Helsper, Werner (2021): Professionalität und Professionalisierung pädagogischen Handelns: Eine Einführung. Barbara Budrich, Opladen.

Klafki, Wolfgang (1999): Schlüsselprobleme und Schlüsselqualifikationen – Schwerpunkte neuer Allgemeinbildung in einer demokratischen Kinder- und Jugendschule. In: Hepp, Gerd/Schneider, Herbert [Hrsg.]: Schule in der Bürgergesellschaft. Demokratisches Lernen im Lebensund Erfahrungsraum der Schule, Wochenschau Verlag: Schwalbach/ Ts., S. 30-49.

Lenz, Claudia (2020): Ambiguitätstoleranz – ein zentrales Konzept für Demokratiebildung in diversen Gesellschaften. In: Schwarzkopf Stiftung Junges Europa: Educational Briefing 2020. Gleichheit, Unterschiedlichkeit, Mehrdeutigkeit – Kompetenz und Haltung für den Umgang mit Diversität in Bildungsprozessen, S. 11-20. Online unter: https://schwarzkopf-stiftung.de/content/uploads/2021/10/educational_briefing_2020_de-1-1.pdf?x41391 (30.5.2024)

Niehoff, Mirko (2021) im Gespräch mit Elizaveta Firsova: Politische Bildung und das Unbehagen mit Ambiguität und Pluralität. Medienpakete zur Förderung von Professionskompetenzen – Das Projekt TWIND. In: Politik Unterrichten 2/2021. Hannover, S. 66-71. Titel der Ausgabe: „Soziale Ungleichheit. Perspektiven der politischen Bildung“

Freitag, 22.11.2024 12:50 Uhr – 13:50 Uhr R 209

Politische Bildung in Handlungsfeldern der Jugendarbeit
– zwischen normativem (Selbst-)Anspruch und alltäglichen Umsetzungshemmnissen

Beitragsvorschlag für die Arbeitstagung „Soziale Arbeit als Ort der Politischen Bildung
– Demokratie, Partizipation und Teilhabe in der Zivilgesellschaft“

Eingereicht von Jana Sämann, jana.saemann@uni-siegen.de

Abstract:

Für die Betrachtung von Sozialer Arbeit als Ort der politischen Bildung ist die Auseinandersetzung mit dem Handlungsfeld Jugendarbeit meines Erachtens nach ertragreich. Hier ist sowohl in den theoretischen Konzeptionen wie der sozialgesetzlichen Rahmung des § 11 SGB VIII ein dezidiertes Auftrags zur politischen Bildung auszumachen. Jugendarbeit als durchaus heterogenes, aber immer stark bildungsbezogenes Handlungsfeld zielt darauf ab, dass „sich Kinder und Jugendliche [...] als Subjekte politischen Handelns [...] erfahren und sich politisch-demokratisches Handeln, Mitentscheiden und Mitverantworten aneignen“ (Sturzenhecker 2013, S. 349). Auch in der professionspolitischen Artikulation wird ein demokratisches und/oder politisches Bildungspotential hervorgehoben (AGJ 2023). Gleichzeitig zeigen empirische Beschäftigungen, dass sich in den durchaus heterogenen Handlungsfeldern der Jugendarbeit derartige normative (Selbst-)Ansprüche nicht einlösen, etwa aufgrund fehlender fachlicher (Selbst-)Verständnisse (Kessler 2018), aber auch, weil das Feld der Jugendarbeit immer wieder „von deutlichen inhaltlichen Veränderungen und Verschiebungen gekennzeichnet [ist], die aus dem Wechselverhältnis bildungs- und sozialpolitischer Entwicklungen und Adressierungen einerseits und andererseits dem Umgang Offener Kinder- und Jugendarbeit mit diesen resultiert“ (Schwanenflügel et al. 2021, S. 9).

Anhand von Einblicken in Forschungsergebnisse aus dem Projekt „Von- und Miteinander Lernen¹“, in welchem 2022-2024 bundesweite Interviews mit Fachkräften verschiedener Handlungsfelder der Jugendarbeit erhoben worden sind, sollen im Beitrag spezifische Umsetzungshemmnisse politischer Bildung dargestellt und diskutiert werden. Im Projekt ist deutlich geworden, dass es (hier) weniger differente professionelle Selbstverständnisse sind, welche einen Bezug auf politische Bildung etwa im Handlungsfeld der Offenen Jugendarbeit

¹ Eine kurze Beschreibung von Modellprojektstruktur und Erkenntnisinteresse des VoMiLe-Projektes findet sich hier: https://www.uni-siegen.de/phil/sozialwissenschaften/didaktik/projekte/forschungsprojekte/von_und_miteinanderlernen.html

erschweren, sondern strukturelle Hemmnisse in Form von Ressourcen- und Zeitmangel sowie hohem Alltagsdruck, weswegen insbesondere gesondert gerahmte Formate politischer Bildung weniger im Alltäglichen selbst umgesetzt, sondern bei komplex antizipierten Themen (auch) in spezifische Kooperationsformate externalisiert werden. Nach wie vor scheinen dabei Narrationen über eine themenorientierte außerschulische politische Bildung und eine teilnehmendenorientierte Offene Jugendarbeit präsent zu sein (vgl. Becker 2020, 42ff). Im Handlungsfeld von Jugendbildungsstätten wiederum zeigen sich deutliche Spannungslinien zwischen normativen Professionsverständnissen politischer Bildung und der Wahrnehmung von professionsexternen Anrufungen (etwa nach ‚Neutralität‘) oder förderpolitischem Steuerungsgeschehen (etwa der Zunahme extremismus- und radikalierungspräventiv ausgerichteter Förderprogramme, welche Förderungen politischer Bildung ersetzen oder überformen). Hier können Effekte einer Verunsicherungen ob der Gültigkeit professioneller Normen politischer Bildungsarbeit bzw. ob deren öffentlicher und politischer Anerkennung deutlich gemacht werden, die Veränderungen in Bildungsarbeits- und öffentlichen Darstellungspraxen bewirken.

Format:

Für die Arbeitstagung kann ich mir als Format einen inputbezogenen Workshop gut vorstellen. Ich würde mit einem Impulsvortrag einsteigen, um Anliegen und Relevanz zu skizzieren, und mit Bezug auf das VoMiLe-Projekt Thesen entwickeln und darstellen. Anschließend würde ich je (nach Größe auch in Kleingruppen) ausgewählte Thesen/Ergebnisinterpretationen diskutieren wollen, was ich mir insbesondere in der Konstellation mit Fachkräften, Adressat*innen und Wissenschaftler*innen produktiv vorstelle. Abschließend wäre mir hier auch ein Eingehen auf die Rolle von wissenschaftlicher Forschung und politischer Kommunikation ein Diskussionsanliegen, konkret: Was bedeuten die dargelegten Erkenntnisse, v.a. hinsichtlich mangelnder Ressourcenausstattung, dem steuernden Effekt von Förderprogrammen und den Verunsicherungs- und Verschiebungseffekten in der Wahrnehmung einschränkender Anrufungen, für die professionspolitische Artikulation und für die Wissenschaftskommunikation?

Literatur:

Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) (2023): Auftrag und Anspruch politischer Bildung in der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit. Eine kritische Betrachtung des Status Quo. Online verfügbar unter https://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2022/Positionspapier_Politische_Bildung_Jugendarbeit.pdf, zuletzt aktualisiert am 23.01.2023, zuletzt geprüft am 31.05.2024.

Becker, Helle (2020): Demokratiebildung und politische Bildung in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit (SGB VIII §11-13). Materialien zum 16. Kinder- und Jugendbericht.

München. Online verfügbar unter
https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2021/KJB_Becker_Exp16KJB_16032021.pdf,
zuletzt geprüft am 31.05.2024.

Kessler, Stefanie (2018): Politische Bildung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Erste Ergebnisse aus einem explorativem Forschungsprojekt. In: Carl Deichmann und Marc Partetzke (Hg.): Schulische und außerschulische politische Bildung. Wiesbaden: Springer VS, S. 159–173.

Schwanenflügel, Larissa von; Heinrich, Celine; Blackert, Mareike; König, Marcel; Witte, Verena (2021): Wozu Jugendarbeit? Untersuchung zu den Potentialen und zum Nutzen Offener Kinder- und Jugendarbeit in Hessen. Online verfügbar unter https://www.bsj-marburg.de/fileadmin/user_upload/downloads/Wozu%20Jugendarbeit_Abschlussbericht_Schwanenfluegel_Heinrich.pdf, zuletzt geprüft am 31.05.2024.

Sturzenhecker, Benedikt (2013): Politische Bildung konkret. In: Ulrich Deinet und Benedikt Sturzenhecker (Hg.): Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit. Wiesbaden: Springer VS, S. 439–444.

Freitag, 22.11.2024 14:00 Uhr – 15:00 Uhr R 209

Dr. Helle Becker

becker@transferfuerbildung.de

Transfer für Bildung e.V. // TH Köln

Format: Vortrag mit Diskussion und Austausch anhand von Beispielen

Integrationsmodell politischer Bildung in der Jugendarbeit: Entwicklung und Erfahrungen mit einem feldübergreifenden Analyse- und Planungsmodell politischer Bildung

Der 16. Kinder- und Jugendbericht „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“ betont, dass politische Bildung in allen Praxisfeldern der Kinder- und Jugendarbeit stattfindet (vgl. BMFSFJ 2020), jedoch „ein handlungsfeldübergreifender Austausch über politische Bildung [...] kaum statt[findet]“ (BMFSFJ 2020: 60). Alltagsvorstellungen der Praktiker*innen zu Konzeptionen politischer Bildung gehen stark auseinander¹; in wissenschaftlichen Überlegungen werden nach wie vor partizipationsorientierte Konzeptionen der Jugendarbeit und wissens- bzw. analyseorientierte Konzeptionen politischer Bildung gegenübergestellt².

Eine Alternative stellt das „Integrationsmodell politischer Bildung in der Jugendarbeit“ dar. Das Modell für die Planung und Analyse politischer Bildungsgelegenheiten in der Jugendarbeit nimmt Bezug auf eine subjektorientierte Position politischer Bildung³ und dem Konzept der Demokratiebildung der Universität Hamburg⁴. Es basiert auf (gemeinsamen) Grundannahmen, die sich auf den Gegenstand politischer Bildung (Definition von Politik und Politischem), auf bildungstheoretische Grundlegungen nonformaler Bildung (Subjektorientierung, Anerkennung) und auf Strukturprinzipien der Jugendarbeit und Jugendbildung

¹ Becker, Helle (2020): Demokratiebildung und politische Bildung in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit(SGB VIII § 11-13),

https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2021/KJB_Becker_Exp16KJB_16032021.pdf

² vgl. Wohnig, Alex (2024): Demokratiebildung und/oder politische Bildung: Differenzierungsversuche am Beispiel der außerschulischen politischen Jugendbildungsstätte, in: Fritz, Fabian/Schmidt, Birger/Zwecker, Markus (Hrsg.): Wie gelingt partizipative politische Bildung für Jugendliche und junge Erwachsene im Fußball?, S. 29-44

³ Vgl. GEMINI – Gemeinsame Initiative politischer Jugendbildung im bap/Bundesausschuss politische Bildung e.V. (2014): „Vernetzung und Kooperation außerschulischer politischer Jugendbildung“, online: https://www.bap-politischebildung.de/wp-content/uploads/2014/07/Gemini_Papier-Kooperation-mit-Schule.pdf

⁴ Vgl. Sturzenhecker, Benedikt (2024): Aus den lebensweltlichen Themen der Kinder und Jugendlichen mit ihnen Demokratiebildung entwickeln – Kurzeinführung in die GEBE-Methode, in: Transfer für Bildung e.V. (Hrsg.): OPEN – Offene Jugendarbeit und politische Bildung gemeinsam engagiert. Erkenntnisse aus praxisfeldübergreifenden Kooperationen, S. 41-46

(Alltagsorientierung, Freiwilligkeit, Partizipation) beziehen. Diese Grundannahmen bedingen spezifische Formen politischer (Selbst-)Bildung, die das Modell als Selbstbildungsgelegenheiten (aus Sicht der Jugendlichen Wahrnehmungs- und Aneignungsmodi, aus Sicht der Fachkräfte Handlungsmodi) beschreibt.

Das Modell wurde im Nachgang der Studie zum 16. Kinder- und Jugendbericht Demokratiebildung und politische Bildung in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit (Becker 2020) entwickelt und in der Praxis (u.a. im Kooperations-Projekt „OPEN: Offene Jugendarbeit und politische Jugendbildung gemeinsam engagiert“⁵ sowie im Projekt „Demokratiebildung und politische Bildung in der landesgeförderten Jugendsozialarbeit NRW“⁶, erprobt.

In den Projekten wurden anhand des Modells Formen demokratischer politischer Bildung für Kinder und Jugendliche entwickelt und erprobt, die bis dahin kaum Kontakt zu Angeboten politischer Bildung hatten und selten partizipative, demokratiebildende Erfahrungen machten. Dass Kinder und Jugendliche eigene, alltagsbestimmende politische Themen erschließen, reflektieren und selbstbestimmt handelnd bearbeiten konnten, förderten Meinungsbildung, Urteilsfindung und politische Partizipationsfähigkeit. Zugleich konnte den bei Fachkräften oft vorhandenen Bedenken begegnet werden, dass es (zu) schwierig sei, abstrakte, komplexe oder besonders kontroverse politische Themen mit Jugendlichen zu thematisieren, deren Beziehung zu Politik als schwierig gilt.

Der Vortrag ist ein Beitrag zu Fragen nach der theoretischen Bestimmung politischer Bildung in der Kinder- und Jugendhilfe und ihren praktischen Umsetzungsmöglichkeiten.

⁵ Siehe <https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/open/> sowie die wiss. Begleitstudie „zu neuen kooperativen Formen politischer Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit. Eine qualitative Feldanalyse“ (Laufzeit: 2022-2024) der TH Köln, <https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/feldanalyse-kja/>

⁶Siehe

https://www.lvr.de/media/wwwlvrde/jugend/jugendfrderung/jugendarbeitanortendererinnerung/dokument_e_68/2023_Arbeitshilfe_Demokratiebildung_und_politische_Bildung_in_der_JSA_Becker.pdf und <https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/fachstelle-politische-bildung/mitteilung/artikel/broschuere-politische-bildung-und-jugendarbeit-handreichung-fuer-eine-verbindende-perspektive-1/>.

Freitag, 22.11.2024 12:50 Uhr – 13:50 Uhr R 209

Abstract

„Wie Jugendliche durch Vorbilder empoweren?“

Eine Analyse der Potenziale für die politische Bildungsarbeit“

Marc Rüdiger (Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein / Hochschule Neubrandenburg, M.A.
Studiengang „Organisationsentwicklung und Inklusion“)

Trotz der kurzen Kontaktzeit zwischen jungen Menschen und politische Bildner*innen, können und werden letztere als Vorbilder im Sinne einer Haltungsorientierung gesehen, darunter auch Honorarmitarbeitende und ehrenamtliche Mitarbeiter*innen. Da es keine feste Ausbildungsform für politische Bildner*innen gibt, die diese Rolle reflektiert, ist hier ein übersehenes Potenzial für die Kinder- und Jugendarbeit.

Darüber hinaus besteht das Potenzial von (medienwirksamen) Aktivist*innen oder Influencer*innen, deren Vorbildfunktion durch Thematisierung oder Begegnung genutzt werden können. Ziel der Masterarbeit ist es, zu beantworten, ob Vorbildeffekte tatsächlich für die (außerschulische) politische Bildung zum Empowerment von jungen Menschen genutzt werden können. Dazu wird die folgende Forschungsfrage gestellt: „Welche Potenziale können für das Empowerment von Jugendlichen in der (außerschulischen) politischen Bildungsarbeit (in Deutschland) durch Vorbilder, sei es durch persönliche Begegnungen oder mediale Vermittlung, genutzt werden?“

Um die Forschungsfrage zu beantworten, wurden leitfadengestützte Expert*inneninterviews mit politischen Bildner*innen durchgeführt und mittels der qualitativen Inhaltsanalyse nach Udo Kuckartz ausgewertet.

Die Analyse der Interviews zeigt, dass Erfahrung, persönliche Bezugsmöglichkeiten und Authentizität bei anderen Bildner*innen für die interviewten politischen Bildner*innen diese zu Vorbildern macht. Im verbreiteten Selbstverständnis als „Lernbegleiter*innen“ werden Diskussion, Feedback und Austausch genutzt, damit die Veranstaltungsteilnehmer*innen ihre Meinung selbst bilden und Handlungsmöglichkeiten erkennen. Für die erfolgreiche Umsetzung nannten die Befragten (Selbst-)Reflexion von Erfahrungen und strukturellen gesellschaftlichen Machtverhältnissen, u.a. eine eigene Privilegienreflexion als notwendig. Dabei wurde hervorgehoben, dass es keine einheitliche Ausbildung, bzw. keine einheitlichen Zugänge zur Profession gibt. Auch bei ethischen Standards gibt es lediglich die Übereinstimmung an demokratischen Grundwerten. Gleichzeitig ermöglicht eine diverse Teamzusammensetzung eine größere Identifikationsmöglichkeit bei den ebenfalls diversen Zielgruppen. Die Interviewten stellten nach Überlegungen fest, dass sie selbst Vorbilder sind, dies aber nur

indirekt, u.a. an der Übernahme von Argumenten, merken und kein direktes Feedback erhalten.

Alle Interviewten sahen einen erheblichen Einfluss durch mediale Vorbilder, die oftmals nicht aus Aktivist*innen bestehen und im Falle von politischen Influencer*innen sogar demokratie- oder menschenfeindliche Inhalte teilten, weshalb sie sich für eine Notwendigkeit von Medienkompetenzen, besonders für Social Media, aussprachen.

Der Bereich der (außerschulischen) politischen Bildung ist sehr heterogen, dennoch lässt sich Diversität insbesondere beim Personal weiter fördern, da diversere Bezugspersonen mehr Identifikationsmöglichkeiten für die divers aufgestellte Zielgruppe bieten. Gleichzeitig empfehlen sich gemeinsame Standards innerhalb der Profession, um die Selbstreflexion der eigenen Vorbildrolle und die Bewahrung von ethischen Standards zu ermöglichen. Darüber hinaus finden sich verschiedene Anknüpfungspunkte zur Arbeit mit Eltern und Schule oder längerfristigen Formaten im Bereich der Sozialen Arbeit, die sowohl Erziehenden, Lehrkräften und weiteren Bezugspersonen ihre potenzielle Vorbildrolle verdeutlicht als auch die Thematisierung von medialen Vorbildern und die Steigerung von Medienkompetenz in den Vordergrund rückt.

In einer Einzelpräsentation möchte ich die Erkenntnisse meiner Arbeit vorstellen, die nicht nur für den Bereich der politischen Bildung, sondern für den Bereich der Sozialen Arbeit gleichermaßen gelten können.

Freitag, 22.11.2024 12:50 Uhr – 13:50 Uhr R 114

Einreichung PANEL

Im Panel können Positionen und Kontroversen zu folgenden Fragen bearbeitet werden:

- Welche Lehrformate und Module zeigen in B.A. Soziale Arbeit Potenziale, Demokratieförderung mit Bezug zu Gedenkstättenpädagogik und lokaler Erinnerungsarbeit einerseits und zu Medienbildung und -pädagogik andererseits zu thematisieren?
- Welche verschiedenen Demokratieverständnisse werden Lehrpraxisprojekten in B.A. Soziale Arbeit konzeptionell zugrunde gelegt? Wie wirken sich diese auf die von Studierenden zu konzipierenden Praxisformate mit Bezügen zur Aufarbeitung von Diktaturen, insbes. des NS, aus?
- Wie kann im Rahmen der Lehre von Sozialer Arbeit die Unterstützung von lokalen Demokratiepraxen bzw. der kritische Umgang mit Demokratie und Erinnerungspolitik gefördert werden?

Panelbeitrag (Jaiser und Wéber)

Im Beitrag wird anhand eines Seminarkontextes im zweisemestrigen Modul "Projektwerkstatt" im Studiengang B.A. Soziale Arbeit (5-6. Fachsemester) am Fachbereich Soziale Arbeit, Bildung und Erziehung der Hochschule Neubrandenburg exemplarisch ein partizipatives Format historisch-politischer Bildungsarbeit vorgestellt. Das Lehrpraxisprojekt in Kleingruppen und Plena verbindet methodische Ansätze lokaler Spurensuche und digitaler Erinnerungswerkstätten mit Biografieforschung und Demokratiepädagogik an historischen Orten in zwei Bundesländern (Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern). Die Orte sind verknüpft mit den Biografien von Mitgliedern von Verfolgtengruppen – Sinti*zze und Rom*nja, Opfer von Zwangserziehung und „Euthanasie“-Morden sowie Zwangsarbeiter*innen. Auch zeigen die Orte – Weitin, KZ Waldbau bei Neubrandenburg oder Mädchen-KZ Uckermark – im Hinblick auf eine Auseinandersetzung mit Diskriminierung und rassistischen Menschenbildern, mit Zwangsarbeit, mit Fürsorgeerziehung und Umgang mit Devianz eine bundesweite Relevanz. Insbesondere die von den Studierenden betriebene Erforschung des biografischen Umgangs mit Verfolgung führten die Chancen einer inklusive europäische Erinnerungsgeschichte vor.

Das Lehrformat fand im WS 23/24 und im SoSe 24 in Kooperation mit dem Projekt überLEBENSWEGE in Trägerschaft der RAA – Demokratie und Bildung Mecklenburg-Vorpommern e. V., mit dem Landesjugendring Brandenburg e. V. und der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück statt. Im Beitrag werden die didaktisch-methodische Anlage und

die zentralen Ergebnisse aus der Kleingruppenarbeit aus dem Lehrpraxisprojekt vorgestellt. Auch werden zentrale Erkenntnisse der Abschlusstagung von überLEBENSWEGEN (Mitte Oktober 2024) zusammengetragen und die Potenziale des Projektes für die lokale Erinnerungsarbeit, die das Medium Film innovativ einbindet, ausgelotet. Weitere Informationen zum Projektzusammenhang sind unter <https://www.raa-mv.de/raa-projekte/ueberlebenswege-2/> einzusehen.

Einreichende:

Dr. Constanze Jaiser, Leiterin der Geschichtswerkstatt *zeitlupe* in Trägerschaft der RAA – Demokratie und Bildung Mecklenburg-Vorpommern e. V. und

Dr. Júlia Wéber, Professorin für Migrationsgesellschaft und Demokratiepädagogik, Hochschule Neubrandenburg

Kontakt: jweber@hs-nb.de

Freitag, 22.11.2024 12:50 Uhr – 13:50 Uhr R 213

Vorschlag für ein Panel auf der Arbeitstagung „Soziale Arbeit als Ort der Politischen Bildung – Demokratie, Partizipation und Teilhabe in der Zivilgesellschaft“

Ansprechpartner*in: Dr. Phries Künstler, Bundeszentrale für politische Bildung, Kontakt: phries.kuenstler@bpb.de

Geplantes Format: Panel mit drei Inputs und anschließender Diskussion

Titel und Abstract:

„Demokratie stärken und Zivilgesellschaft fördern‘ auch jenseits von Klassenzimmern – Schnittstellen von politischer Bildung und Sozialer Arbeit in Projekten der Bundeszentrale für politische Bildung und über diese hinaus

Im Zentrum der Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb steht die Förderung des Bewusstseins für Demokratie und politische Partizipation. „Demokratie stärken – Zivilgesellschaft fördern“ so lautet die Überschrift des Leitbilds. Mit ihren Angeboten will sie *alle* Bürger*innen dazu motivieren und befähigen, sich kritisch mit politischen und gesellschaftlichen Fragen auseinander zu setzen und aktiv am politischen Leben teilzunehmen. Vielen ist die bpb dennoch sicher vor allem aus der Schule bekannt, zum Beispiel als Herausgeberin von didaktischen Materialien oder einschlägigen Texten. Jedoch sind die Angebote und Projekte der bpb keineswegs auf den schulischen Kontext beschränkt. Vielmehr führt die bpb auch jenseits von Klassenzimmern zahlreiche Bildungs- und Qualifizierungsangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene durch und fördert unterschiedlichste, verstärkt auch aufsuchende Projekte politischer Bildung, zum Beispiel im Kontext der offenen Kinder- und Jugendarbeit, der sozialpädagogischen Gemeinwesenarbeit oder von Sozialen Hilfen.

Vor diesem Hintergrund möchte das Panel die Möglichkeit geben, solche Angebote und Projekte der Bundeszentrale für politische Bildung kennenzulernen und zu diskutieren, die in Kontexten Sozialer Arbeit stattfinden und/oder Schnittstellen zur Sozialen Arbeit aufweisen. Ausgangspunkt des gemeinsamen Austauschs sind dabei drei kurze Inputs, die Einblicke in die konkreten Erfahrungen verschiedener durch die bpb durchgeführter oder geförderter Projekte – aus den Themenbereichen politische Jugendbildung, aufsuchende politische Bildung im Quartier und politische Bildung im Kontext von Armut und Prekarität – geben. Im Anschluss ist Raum, um über Learnings und Herausforderungen aus den konkreten Projekten sowie über Bedingungen, Zugänge und Hürden von Angeboten politischer Bildung in Handlungsfeldern Sozialer Arbeit zu diskutieren.

Im Rahmen des Panels werden folgende von der Bundeszentrale für politische Bildung durchgeführte bzw. geförderte Projekte vorgestellt:

- Mit dem Netzwerk Verstärker bietet die bpb seit 2011 eine Plattform für Multiplikator*innen der politischen Bildung und Sozialen Arbeit, die mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen arbeiten, die bisher mit normativen Angeboten der politischen Bildung nur begrenzt erreicht werden konnten. Im Rahmen von Verstärker werden dabei u.a. Aktionsformate für Jugendliche, Qualifizierungsreihen für Multiplikator*innen und Netzwerktreffen für politische Bildner*innen durchgeführt.
- (Wo)Men@work schafft als durch die bpb gefördertes Projekt kreative Angebote, um im Transformationsstadtteil Düsseldorf-Rath einen Austausch zu ermöglichen, der dem zunehmend populistischen Gedankengut entgegensteht und die Sorgen der Bevölkerung wie beispielsweise die Angst vor einem Arbeitsplatzverlust transparent macht. Dabei wird konkret auf Menschen aus dem Quartier zugegangen und so Räume des Austauschs geschaffen.
- Im Rahmen des 2023 neugeschaffenen Arbeitsbereichs sozioökonomische politische Bildung versucht die bpb verstärkt Wege zu suchen, wie politische Bildung für Menschen in prekären Lebenslagen zugänglicher gemacht werden kann. In diesem Kontext werden zum Beispiel Workshops mit Menschen mit Armutserfahrungen zu (Un-)Möglichkeiten politischer Partizipation oder zum Thema politische Bildung im Kontext von Jobcentermaßnahmen und Bürgergeldbezug durchgeführt bzw. gefördert.

Samstag, 23.11.2024 09:00 Uhr – 10:30 Uhr Hörsaal 201

Parino – Die Implementierung von Klient*innenbeiräten beim Notdienst Berlin e.V.

Adressat*innen Sozialer Arbeit sind von vielfältigen Stigmatisierungs- und Diskriminierungsprozessen betroffen und oft von demokratischen Prozessen ausgeschlossen. Dies reicht so weit, dass zum Beispiel Menschen ohne deutschen Pass, Wohnungslose, Kinder und Jugendliche sowie Menschen in rechtlicher Betreuung (bis 2019) teilweise von demokratischen Wahlen ausgeschlossen werden. Während Kinder und Jugendliche institutionell gut erreichbar sind und Fördermittel für politische Bildung/Demokratieförderung bereitgestellt werden (z.B. das Förderprogramm „Demokratie leben!“), ist die Erwachsenenbildung mit dem Ausbleiben des Demokratieförderungsgesetzes unterversorgt.

Doch wenn wir davon ausgehen, dass Demokratie täglich gelernt werden muss, bedarf es verstärkter Angebote der politischen Bildung/Demokratieförderung auch in der Erwachsenenbildung. Während die politische Bildung meist vor der Frage steht, wie Menschen in der Erwachsenenbildung erreicht werden können, stellt sich diese Frage für eine sozialarbeiterische Praxis, die auch politische Bildung als ihren Auftrag ansieht, nicht. So sind die Klient*innen – ob in ambulanten oder stationären Betreuungs- und Begleitungssettings – schon da.

Doch was kann unter politischer Bildung in der alltäglichen sozialarbeiterischen Praxis verstanden werden?

Ein Beispiel ist zurzeit das Projekt *Parino* des Notdienst Berlin e.V., das sich zum Ziel gesetzt hat, Klient*innenbeiräte in den verschiedenen Standorten des Trägers zu implementieren. An 18 Standorten hält der Notdienst diverse Angebote der Suchthilfe bereit (u.a. Beratungsstellen, Kontaktcafés, Kinder- & Jugendhilfe Einrichtung, PsB-Angebote). Für das Projekt entschied sich der Träger aufgrund der Beobachtung, dass ein großer Teil der Klient*innen des Trägers mit politisch/ethischen Fragen überfordert ist, sich immer wieder Einstellungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bei den Klient*innen zeigen, aber auch da Partizipation im Zuge der Novellierung des BTHG eine größere Rolle einnehmen muss. Mit *Parino* werden nun Klient*innenbeiräte mittels eines Bottom-Up-Ansatzes umgesetzt. Nicht die Fachkräfte legen fest, wo die Beteiligung der Klient*innen gewollt ist, sondern die Klient*innen entscheiden selbst, an welchen Stellen Sie sich einbringen möchten.

So bringen sich die gebildeten Beiratsgruppen durch schriftliche Anfragen und Verhandlungen mit den Fachkräften in die Prozesse des Trägers ein. Das übergeordnete Ziel des Projektes ist es, einen trägerweiten Beirat zu bilden, der demokratisch organisiert ist und dem verbrieft Rechte seitens des Trägers zugesichert werden – ähnlich eines Betriebsrates,

der für die Interessen der Angestellten einsteht, soll es dann einen Klient*innenbeirat geben, der die Anliegen der Klient*innen vertritt.

Zur Implementierung wurde das aus der Gemeinwesenarbeit bekannte Verfahren des *Community Organizing* genutzt, welches zum Ziel hat, eine demokratisch strukturierte Selbstorganisation mit aufzubauen.

Dieser strukturell partizipative Ansatz verspricht nicht nur eine Qualitätsverbesserung der Angebote, sondern führt allgemein zu einer Demokratisierung des Alltags der Klient*innen sowie zu einer Demokratisierung der gesamten Trägerorganisation. Darüber hinaus stellen solche Beiratsgruppen auch einen Anlaufpunkt aufsuchender politischer Bildung dar. Und nebenher findet eine Professionalisierung sozialarbeiterischer Praxis statt, die nicht nur im Sinne einer personenzentrierten Dienstleistungserbringung, dem Auftrag die Praxis an der weitestgehenden Partizipation ihrer Klient*innen zu orientieren, gerecht wird, sondern nun auch auf struktureller

Ebene die Klient*innen in allen Sie betreffenden Entscheidungen miteinbezieht.

Format: Einzelpräsentation (ersatzweise: Workshop)

Im Vortrag möchte ich insbesondere auf das konkrete Vorgehen im Projekt, förderliche & hemmende Faktoren und Ergebnisse der Beiratstätigkeiten vorstellen.

Samstag, 23.11.2024 09:00 Uhr – 10:30 Uhr Hörsaal 201

Noria Welle, studentische Mitarbeiterin bei Prof. Dr. Stefanie Kessler, Studierende im dualen BA Soziale Arbeit an der IU Internationalen Hochschule / in der Praxis in der Schulsozialarbeit und im Ganztage einer Grund- und Förderschule tätig, noria.welle@iu-study.org

Abstract „Unterstützung von Demokratie und Demokratiebildung von Schüler*innen durch Soziale Arbeit“

Bei Betrachtung der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung und den Herausforderungen kann es nicht ausbleiben, Schüler*innen möglichst früh von Demokratie und Demokratiebildung profitieren zu lassen, indem sie aktiv eingebunden werden. Entscheidungen treffen, demokratische Abstimmungen und Selbstwirksamkeit zu erleben sind zentrale Elemente, die einem demokratischen Grundverständnis zugrunde liegen. Dies sind Elemente, die Schüler*innen in der Schulsozialarbeit, im Ganztage und in der außerschulischen Jugendarbeit erleben können und sollten.

In diesem Beitrag soll es darum gehen, inwiefern Demokratie und Demokratiebildung durch Soziale Arbeit stattfinden kann und was diese auszeichnet. Haupt und Vossiek nehmen an, dass bildungsbenachteiligte und weniger schulfähige Kinder und Jugendliche in Settings ohne Notendruck und Lehrer*innen nachhaltiger erreicht werden können (2021, 37). Die Freiwilligkeit an Angeboten teilzunehmen, spielt dabei eine wichtige Rolle und legt den Fokus auf außerschulische politische Bildung. Partizipation und demokratisches Handeln zu erleben sind die besten Voraussetzungen um demokratische Werte kennen und schätzen zu lernen (Haupt & Vossiek, 2021, 37). Auch die konsequente Verschränkung von kritischer Medienbildung und politischer Bildung wird im 16. Kinder- und Jugendbericht empfohlen (BMFSFJ, 2020, 10). Diese befähigt Schüler*innen die Inhalte, die sie in den Medien sehen, einordnen zu können und kann in der Schulsozialarbeit, dem Ganztage und weiteren außerschulischen Jugendarbeit niedrigschwellig thematisiert werden.

Im weiteren Verlauf wird aufgezeigt, dass in Schulen und in der Sozialen Arbeit teilweise von einem Neutralitätsgebot gesprochen, eine parteipolitische Position sollte nicht eingenommen werden, jedoch ist politische Bildung deshalb keineswegs neutral. Stattdessen ist die staatlich verantwortliche politische Bildung angehalten für demokratische Prinzipien, die Menschenrechte und ihre Durchsetzung einzutreten (BMFSFJ, 2020, 9). Die Frage ist hierbei jedoch, wie das im schulischen und außerschulischen Kontext am besten gelingen kann. Demokratie und Demokratiebildung bedarf personeller Ressourcen, Zeit und Fachpersonal an dem es in der Realität oft scheitert.

52% der Jugendliche geben an, dass der Begriff „Politik“ für sie negativ konnotiert ist, wobei die Anzahl positiver Nennungen unter bildungsbenachteiligten Jugendlichen am geringsten ist (Calmbach et al. 2020, 392 zitiert nach Haupt & Vossiek, 2020, 31). In diesem Zusammenhang wird auf das Konzept der Habitussensibilität eingegangen. Außerdem können und sollten bereits im Grundschulalter grundlegende demokratische Kompetenzen erworben werden.

Ganztagsgrundschulen haben zum Ziel den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft zu entkoppeln und gleichzeitig werden die Möglichkeiten politischer Bildung bisher nicht ausreichend genutzt (BMFSFJ, 2020, 16). Im Laufe dieser Arbeit wird dargestellt, welche Potentiale und Chancen die Soziale Arbeit in Bezug auf Demokratie und Demokratiebildung hat und wie Schüler*innen diese näher gebracht werden können. Unter anderem wird auf die Praxis politischer Kinder- und Jugendbildung ab dem Grundschulalter sowie auf die Haltung der Sozialarbeitenden eingegangen.

Literaturverzeichnis

Haupt, S. & Vossiek, M. (2021). Verschränkte Demokratiebildung in Ganztagschulen des Jugendalters. In: Institut für soziale Arbeit e.V. (Hrsg.), *ISA-Jahrbuch zur Sozialen Arbeit. Aufwachsen, Bildung und gesellschaftliche Veränderung* (S. 30-45). Waxmann Verlag.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2020). *16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter.* <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/162232/27ac76c3f5ca10b0e914700ee54060b2/16-kinder-und-jugendbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>

Samstag, 23.11.2024 09:00 Uhr – 10:30 Uhr R 209

Abstract

Friederike Kawlath, DGB Jugendbildungsstätte

Der Beitrag findet als Vortrag und nicht als Workshop statt.



Pizza, Pause, Partizipation – Möglichkeiten und Grenzen der Beziehungsarbeit in der Demokratiebildung. Fragen, Probleme und Erkenntnisse aus dem Projekt „Organize – für Mitbestimmung vor Ort“.

Wir wollen einen Workshop auf der Tagung anbieten, in dem wir anhand unserer eigenen Erfahrungen im Projekt und den Erfahrungen der anderen Teilnehmenden die Frage diskutieren, wie politische Beteiligung im Kontext Sozialer Arbeit so stattfinden kann, dass tatsächliche politische Beteiligung bei den Adressatinnen angeregt wird.

Wir werden die seit über 11 Jahren im nördlichen Brandenburg stattfindenden Demokratiewerkstätten als Orte der Zusammenarbeit von politischer Bildung und Sozialer Arbeit darstellen. Die Demokratiewerkstätten sind als Teil des Projekts „Organize – für Mitbestimmung vor Ort“ der DGB-Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin ein Instrument der Kinder- und Jugendbeteiligung, das in enger Zusammenarbeit der politischen Bildner_innen mit trägerinternen und externen Sozialarbeiter*innen durchgeführt wird. Wir wollen dieses Format als erfolgreiches Beispiel vorstellen und gleichzeitig Kritikpunkte daran aufmachen.

Vorausgesetzt, dass Menschen durch Erfahrungen lernen, können Fachkräfte der Sozialen Arbeit durch eine demokratische Gestaltung ihrer Angebote, durch ein aktives Klima der Selbstbestimmung und der nachhaltigen Förderung der Interessenvertretung der Zielgruppe und nicht zuletzt durch eine stabile Beziehungsarbeit, zu politischer Bildung beitragen. Denn Politische Bildung als Aneignung der eigenen Interessen in gesellschaftlichen verstanden, findet in einigen Kontexten der Sozialen Arbeit durchaus statt.

Die Demokratiewerkstätten sind regelmäßige, mehrtägige Kinder- und Jugendkonferenzen, die in der Jugendbildungsstätte durchgeführt werden. Die Themen reichen von Formaten der klassischen politischen Bildung über kulturelle Bildung bis zur Gestaltung des öffentlichen Raums. Das Projekt erreicht hier vor allem auch eine Zielgruppe die in Bezug auf politische Bildung weniger erreicht wird – eben Adressat*innen Sozialer Arbeit. In erster Linie gelingt das durch demokratische Strukturen, also das Erfahren von Demokratisierung. Zudem nutzen wir den Vorteil des regionalen Bezugs – der Bildungsstätte und ihren Sozialarbeitenden – wodurch Erarbeitetes auch tatsächlich direkt in die Kommune und an Entscheidungsträger*innen zurückgespielt

werden kann. Die Demokratiewerkstätten fungieren somit als Schnittstelle.

Herausforderung ist hier die Transformation von sozialem Lernen zu politischer Bildung mit dem Ziel der aktiven politischen Beteiligung. Das Erfolgsmodell des Formats – die Durchführung durch die Sozialarbeitenden selbst – ist hier gleichzeitig das Problem. Die Nähe der Sozialarbeitenden zu den Kindern und Jugendlichen ermöglicht eine enge Beziehungsarbeit, was maßgeblich dazu führt, dass die Inhalte tatsächlich internalisiert werden. Gleichzeitig führt die Besetzung der Workshopleitungen mit Sozialarbeitenden dazu, dass es beiden Parteien schwerfällt, eine Trennlinie zu ziehen zwischen ihrem gewohnten Umgang miteinander – der von Sozialem Lernen geprägt ist – hin zu der Vermittlung von Inhalten politischer Bildung. Zweitens wird die politische Bildung in unserem Format von Demokratiebildung und insbesondere Kinder- und Jugendbeteiligung dominiert: ein selbstorganisiertes Jugendfestival ist im Sinne der Beteiligung und Selbstwirksamkeit ein Erfolg aber nicht unbedingt Ziel politischer Bildung. Zudem ist drittens anzumerken, dass die Demokratiewerkstätten hauptsächlich Kinder und Jugendliche ansprechen, die als Adressat*innen der Sozialen Arbeit in Erscheinung treten. Das Bewusstsein, dass es eine stärkere Vermischung von in der Gesellschaft unterschiedlich positionierten Gruppen braucht, muss immer wieder geschärft werden.

Neben den Problemen wollen wir auch Lösungsansätze diskutieren: Nicht nur muss politische Bildung als integraler Bestandteil in Curricula von Ausbildungen zu sozialen Berufen verankert werden, sondern auch durch Träger der politischen Bildung in der Praxis gefördert werden. Die DGB- Jugendbildungsstätte verknüpft dabei Fortbildungsangebote mit der gemeinsamen Praxis von politischen Bildner*innen und Sozialarbeitenden. Wir sind neugierig, welche Angebote und Erfahrungen andere Akteur*innen in den Workshop einbringen wollen.

Samstag, 23.11.2024 09:00 Uhr – 10:30 Uhr R 210

Prof. Dr. Martin Winands, Katholische Hochschule NRW (Campus Paderborn), FB Sozialwesen

Vortrag:

Politische Bildung in Devianzmilieus. Perspektiven Sozialer Arbeit

Der Bildungsbegriff wird nicht selten in seinem formalen Verständnis mit Schule und hinsichtlich seines informellen Ansatzes mit gesellschaftlich gut etablierten Gruppen und Eliten, die Bildungsinstitutionen wie Volkshochschulen, Bildungswerke u. ä. aufsuchen, verknüpft. Das scheint im Besonderen für die politische Bildung zu gelten. Aber auch in der Sozialen Arbeit ist die Vermittlung von „Bildung und Erziehung“ neben der Hilfe ein grundlegender Anspruch des professionellen Handelns. Das zeigt sich etwa in der Kinder- und Jugendarbeit, zu der auch die politische Bildung gehört. In der durch die sozialpädagogische Tradition geprägten Jugendarbeit haben sich konkrete sozialräumliche Vorgehensweisen wie z. B. der Ansatz der Rauman eignung entwickelt, die dezidiert dem Bildungsanspruch Sozialer Arbeit gerecht werden.

Doch gerade in der Arbeit mit unterschiedlich geformten devianz anfälligen Gruppen (z. B. Jugendcliquen, konfliktorientierte Fußballfans, Wohnungslose) scheint nicht zuletzt aufgrund der mitunter zugespitzten Lebenslagen (Notsituationen, Polizeikontakte u. ä.) das Verständnis einer helfenden Profession zu überwiegen. Konzeptionelle, fachliche Debatten zum Bildungsbegriff allgemein und zu dem der politischen Bildung im Speziellen finden in der Arbeit mit Devianzgruppen verhältnismäßig selten statt. Fraglos stellt sich die Herausforderung, wie politische Bildung überhaupt in solchen Zielgruppen vermittelt werden könnte, deren primärer Fokus auf andere Aufgaben des Alltags und Interessensgebiete gerichtet ist. Für offene Angebote politischer Bildung, deren Relevanz zwar außer Diskussion ist, die jedoch bereits in weniger randständigen Milieus Wahrnehmungsschwierigkeiten haben, trifft das umso stärker zu.

Da aber andererseits politische Bildung einen Grundpfeiler demokratischer Teilhabe und damit gesellschaftlicher Integration bildet, ist im Vortrag der Frage nachzugehen, wie diese in Devianzmilieus mit sehr stark informellem Charakter – teils auch durch Prekarität gekennzeichnet – realisiert werden kann. Zu diskutieren wären weiterhin theoretisch-wissenschaftliche Fragen nach einer systematischen Verankerung von Ansätzen politischer Bildung in devianzpädagogischen Konzepten, um genuine Perspektiven Sozialer Arbeit zu eröffnen. Dabei könnte aufsuchenden Angeboten Sozialer Arbeit hohe Relevanz zukommen, da sie in der Arbeit mit Devianzgruppen dem Grunde nach einen niedrighwelligen Zugang

ermöglichen. Aus der politischen Bildung sind bereits seit einiger Zeit aufsuchende Ansätze der Bildungsarbeit bekannt. Diese Perspektive könnte u. a. durch einrichtungsbezogene Angebote begleitet werden.

Der Vortrag soll einen Überblick über den Diskussionsstand ermöglichen und Anschlusspunkte aufzeigen. Ebenso sollen ein Austausch über verschiedene vorhandene Ansätze ermöglicht und Herausforderungen erörtert werden.

Samstag, 23.11.2024 09:00 Uhr – 10:30 Uhr R 210

Arbeitstagung „Soziale Arbeit als Ort der Politischen Bildung – Demokratie, Partizipation und Teilhabe in der Zivilgesellschaft“

Vorschlag für einen **Workshop** mit dem Arbeitstitel:

Sand oder Öl im Getriebe? Politische Bildung im Gefängnis zwischen Systemkritik und Systemstabilisierung

Daniel Diegmann, Anja Frank, Maria Jakob & Maruta Herding (Deutsches Jugendinstitut, Halle)

Im Kontext des (Jugend-)Gefängnisses ist politische Bildung vor eine zentrale Herausforderung gestellt: Einerseits sind die Bedarfe für politische und demokratische Bildung, die immer auch Möglichkeiten politischer Teilhabe mit einschließt, gerade unter den Umständen der Inhaftierung besonders hoch (Borchert et al. 2020). Andererseits stellt sich die Frage, ob politische und demokratische Teilhabe in einer hierarchischen, von Machtgefällen geprägten Organisation überhaupt umstandslos eingeübt werden kann, ohne sich in Selbstwidersprüche zu verstricken oder zur Scheinpartizipation zu verkommen. Für die Sozialarbeit innerhalb des Gefängnisses – seien es die sozialen Dienste der Justiz oder externe Sozialarbeiter*innen zivilgesellschaftlicher Träger – stellen sich dabei vielfältige Positionierungsfragen: Soll politische Bildung ein kritisches Korrektiv zu den Verhältnissen in Haft sein? Oder gilt es, politische Bildung als Fortsetzung des vollzuglichen Resozialisierungsauftrags aufzufassen?

Anstatt diese Fragen ausschließlich theoretisch zu diskutieren (Stichwort Doppel- bzw. Tripelmandat) möchten wir uns im Workshop gemeinsam mit den Teilnehmenden forschungspraktisch-interpretativ mit diesen Herausforderungen auseinandersetzen. In einem kurzen Input wollen wir zunächst unser Forschungsprojekt und unseren Ansatz vorstellen: Als wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte zur Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ analysieren wir unter anderem verschiedene Ansätze von Gruppenangeboten politischer Bildung im Justizvollzug (Jakob et al. 2023; Schwarzloos et al. 2024; Frank et al. 2023). Unsere Datengrundlage bilden dabei teilnehmende Beobachtungen sowie narrative Interviews mit Fachkräften der Sozialen Arbeit, die Angebote der politischen Bildung unterbreiten wie auch mit Inhaftierten, die durch ebenjene Angebote adressiert werden. Im Anschluss an den rahmenden Einstiegsvortrag wollen wir ausgewählte Interviewausschnitte, in denen sich die oben genannten Herausforderungen andeuten, in der Gruppe sequenziell interpretieren (Wernet 2009; Przyborski und Wohlrab-Sahr 2021) und so die dabei sichtbar werdenden Positionierungen, praktischen Zwänge, Ambivalenzen und immanenten Logiken gemeinsam reflektieren.

Literatur

Borchert, Jens; Jütz, Maren; Beyer, Diana (2020): Politische Bildung im Jugendstrafvollzug. Angebote, Bedarfe und Leerstellen. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.

Frank, Anja; Diegmann, Daniel; Herding, Maruta; Jakob, Maria; Schwarzloos, Christian (2023): Strafvollzug als Kontext für (sozial-)pädagogische Arbeit. Halle (Saale). Online verfügbar unter https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/DemokratieLeben/Bericht_2022_wB_MP_Strafvollzug.pdf.

Jakob, Maria; Jukschat, Nadine; Herding, Maruta (2023): Radikalisierungsprävention im Gefängnis. (Sozial-)Pädagogisches Handeln unter erschwerten Bedingungen. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.

Przyborski, Aglaja; Wohlrab-Sahr, Monika (2021): Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch. Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg.

Schwarzloos, Christian; Jakob, Maria; Herding, Maruta; Frank, Anja; Diegmann, Daniel (2024): Zielgruppen und Aneignung (sozial-)pädagogischer Angebote in Strafvollzug und Bewährungshilfe. Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte im Themenfeld „Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in der Förderphase 2020 bis 2024. Halle (Saale): DJI. Online verfügbar unter https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/DemokratieLeben/Bericht_2023_wB_MP_Strafvollzug.pdf, zuletzt geprüft am 13.05.2024.

Wernet, Andreas (2009): Einführung in die Interpretationstechnik der Objektiven Hermeneutik. 3. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Samstag, 23.11.2024 09:00 Uhr – 10:30 Uhr R 210

Tilman Kallenbach: Geflüchteten-Bewegung und Soziale Arbeit

Das enge Verhältnis von Sozialen Bewegungen und Sozialer Arbeit ist besonders für eine kritische Soziale Arbeit ein wichtiger legitimatorischer und identitätsstiftender Umstand (Diebäcker/Hofer 2021). Für historisch/genealogische Entwicklungslinien sind dafür enge Verbindungen und Berührungspunkte beschrieben worden (Steinacker 2016; Roth 2021). Aber wie ist es heute um dieses Verhältnis bestellt? Insbesondere dann, wenn die betreffenden Adressat:innen von vielfältigen und umfassenden Ausschlüssen betroffen sind?

Von 2012 bis 2015 gab es in vielen deutschen Städten Proteste von Geflüchteten, die sich zu einer Bewegung verdichteten und konkrete Forderungen nach Teilhabe und Unterstützung erhoben. Zur gleichen Zeit kann für die sozialpädagogische Debatte von einer diskursiven Stille gesprochen werden (Otto 2015). Dies änderte sich nach dem „Langen Sommer der Migration“ 2015 grundlegend: Es gab neue Zeitschriftenprojekte, Sonderhefte der einschlägigen Fachzeitschriften, Sammelbände und eine große Anzahl weiterer Publikationen zum Thema (Kallenbach 2019).

In meinem Dissertationsprojekt habe ich diese spezifische historische Situation genutzt und zwei Diskursanalysen durchgeführt: Einerseits das Hegemonieprojekt der Geflüchteten-Bewegung selbst und die akademische Debatte um diese Fragen in ausgewählten Fachzeitschriften der Sozialen Arbeit andererseits.

In meinem Beitrag stelle ich zentrale Ergebnisse meiner Analyse vor und diskutiere im Anschluss an diese nicht zuletzt die folgenden Fragen:

- In welchem Verhältnis stehen die beiden Diskurse hinsichtlich ihrer Gegenwartsanalysen und Handlungsaufforderungen?
- Wird Soziale Arbeit selbst zum Thema im Diskurs der Geflüchteten- Bewegung?
- Nehmen die Akteur:innen der disziplinären Debatte expliziten Bezug auf die Forderungen der Geflüchteten-Bewegung?
- Wie lassen sich die Ergebnisse in die Diskussion um die politische Produktivität Sozialer Arbeit (Kunstreich 2018; Sünker 2017) und Policy Practice (Burzlaff 2022) einordnen?

Aus dieser Diskussion ergeben sich nicht zuletzt Anschlüsse an Fragen nach dem Verhältnis Sozialer Arbeit zum zivilgesellschaftlichen Engagement (potentieller) Adressat:innen und ihrer politischen Forderungen, der Frage ob beides Akte politischer (Selbst)Bildung sind und wie Soziale Arbeit mit offensichtlichen und grundlegenden Mandatskonflikten einerseits und gleichsam pointierter und fundamentaler Kritik an diesen andererseits im Feld der Migrationsgesellschaft umgeht.

Samstag, 23.11.2024 09:00 Uhr – 10:30 Uhr R 209

Klasse begegnen. Impulse für eine klassismuskritische Politische Bildung

Format: Präsentation (Workshop, falls gewünscht)

In unserem Beitrag diskutieren wir Politische Bildung aus einer klassismuskritischen Perspektive. Mit dem Begriff Klassismus wird die Diskriminierung entlang der Klassenherkunft oder Klassenposition bezeichnet (Kemper/Weinbach 2009; Seeck/Theißl 2020; Roßhart 2016). Klassismus richtet sich gegen Menschen, die zur Arbeiter*innenklasse oder Armutsklasse gehören, z. B. gegen einkommensarme, erwerbslose oder wohnungslose Menschen. Auch Menschen, die nicht akademische, körperliche oder praktische Berufe ausüben, können von Klassismus betroffen sein, etwa Bäuer*innen oder Handwerker*innen (Seeck 2022).

Politische Bildung ist aufs Engste mit Klassenverhältnissen verknüpft (Pohlkamp/Carstens/Nagel 2023). Wer definiert, was als Bildung gilt? Wer bildet wen? Als Menschenrechtsprofession ist die Soziale Arbeit gefordert, ihre Konzepte und Methoden so zu entwickeln, dass Diskriminierung und Ausschluss durch Klassismus entgegengewirkt wird (Seeck/Steckelberg im Erscheinen). Dies gilt auch für das Handlungsfeld der Politischen Bildung, Demokratie- und Menschenrechtsbildung. Klassismuskritik kann hierbei auch als Querschnittsthema für unterschiedliche diversitätssensible Handlungsfelder der Sozialen Arbeit dienen, beispielsweise der feministischen Sozialen Arbeit (Kottwitz im Erscheinen).

Mit unserem Beitrag möchten wir einen Einblick in ein geplantes Forschungsprojekt geben, welches Herausforderungen und Möglichkeiten von Klassismuskritik im Kontext Politischer Bildung in den Blick nimmt.

Zu den Referent*innen:

Marie Kottwitz ist Sozialarbeiterin mit langjähriger Berufserfahrung in der politischen Bildungsarbeit und feministischen Mädchen*arbeit. Ihren Arbeitsschwerpunkt bilden feministische Theorien und Praxis, sowie Auseinandersetzungen mit Klasse und Klassismus. Seit Mai 2024 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Theorien und Handlungslehre der Sozialen Arbeit mit Schwerpunkt Demokratie- und Menschenrechtsbildung der TH Nürnberg.

Francis Seeck ist Professor*in für Theorien und Handlungslehre der Sozialen Arbeit mit Schwerpunkt Demokratie- und Menschenrechtsbildung an der TH Nürnberg. Francis Seecks Arbeitsschwerpunkte sind Klassismuskritik, politische Bildung, Antidiskriminierung und menschenrechtsorientierte Soziale Arbeit. Seit 2010 arbeitet Francis Seeck als Antidiskriminierungstrainer*in und politische Bildner*in.

Literatur:

Kemper, Andreas/Weinbach, Heike (2009): Klassismus. Eine Einführung. Münster: Unrast.

Kottwitz, Marie (im Erscheinen): Ansätze und Handlungsmöglichkeiten einer klassismuskritischen feministischen Mädchen*arbeit. In: Seeck, Francis/Steckelberg, Claudia (Hrsg.): Klassismuskritik und Soziale Arbeit. Weinheim/Basel: Beltz Juventa

Pohlkamp, Ines/Carstens, Lea/Nagel, Björn (Hrsg.) (2023): Klassismus und politische Bildung. Intersektionale Perspektiven und Reflexionen aus der Praxis. Frankfurt Main: Wochenschau Verlag.

Roßhart, Julia (2016): Klassenunterschiede im feministischen Bewegungsalltag. Antiklassistische Interventionen in der Frauen- und Lesbenbewegung der 80er und 90er Jahre in der BRD. Berlin: w_worten & meer.

Seeck, Francis/Theißl, Brigitte (2020): Solidarisch gegen Klassismus. Organisieren, intervenieren, umverteilen. Münster: Unrast.

Seeck, Francis (2022): Zugang verwehrt. Keine Chance in der Klassengesellschaft: wie Klassismus soziale Ungleichheit fördert. Zürich: Atrium.

Seeck, Francis/Steckelberg, Claudia (im Erscheinen): Klassismuskritik und Soziale Arbeit. Analysen, Reflexionen und Denkanstöße, Weinheim: Beltz-Juventa.

Soziale Arbeit der Unterdrückten. Plädoyer für eine theoretische Neukonturierung Kritischer Sozialer Arbeit als politische Bildung unter dem Anspruch der Befreiung

Während die Diskussion um eine Ausweitung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter (vgl. 16. Kinder- und Jugendbericht) einen konjunkturellen Aufwärtstrend verzeichnet, stößt die Frage nach theoretischen Orientierungspunkten und Umsetzungsstrategien einer „politischen Bildung unter erschwerten Bedingungen“ (Widmaier/Nonnenmacher 2012) auf wenig systematische Berücksichtigung. Angesichts der sozialpolarisierenden Negativentwicklung hinsichtlich Kinderarmut als empirische Manifestation ökonomisch induzierter Ungleichheit ist eine Akquirierung gesellschaftstheoretisch fundierter Ansätze und Perspektiven kritischer politischer Bildung zwingend vonnöten. Soziale Ungleichheit im Kindes- und Jugendalter verweist auf das Strukturmerkmal einer Klassengesellschaft, welche die Bildungs-, Teilhabe- und Lebenschancen insbesondere von Kindern und Jugendlichen aus den unteren sozialen Hierarchiestufen in massiver Weise beeinträchtigt. Ungleichheitsrelationen zwischen den sozialen Klassen transformieren sich in kulturelle Unterschiede und politische Machtungleichheiten. Prekarität, (Exklusions-)Armut, soziale Ausschließung und Lebenslagendeprivation bilden eine Lebensrealität ab, die Kinder mit ohnehin benachteiligendem sozioökonomischem Hintergrund in eine soziale Schieflage bzw. Abseitsposition manövrieren. Dabei ist festzustellen, dass armutsbetroffene Kinder und Jugendliche zur Zielgruppe der professionell organisierten Sozialen Arbeit im Kontext der Kinder- und Jugendhilfe gehören und wiederkehrend auch zu Adressat*innen von stigmatisierenden und rassifizierenden „Soziale-Probleme Diskursen“ werden, in denen sie als vermeintliche „Risikogruppe“ konstruiert und durch hegemoniale Markierungen/Zuschreibungen stereotypisiert und kriminalisiert werden. In diesem Zusammenhang erweisen sich die Forderungen nach inklusiven (politischen) Bildungsangeboten als leere Floskel. Während das nach wie vor hierarchisch gegliederte deutsche Bildungs- und Erziehungssystem mit Blick auf die Tendenzen einer institutionellen Aussonderung bzw. des Wegsperrens von Kindern/Jugendlichen mit so genannten Verhaltensstörungen (Devianzverhalten) den im Rahmen des deutschen Sozialgesetzbuches (SGB VIII, § 11) gesetzlich fixierten Anspruch auf politische Bildung konterkariert, versteift sich traditionelle Soziale Arbeit auf das „naturalistische Dogma“ (Georg Feuser) defizitärer Persönlichkeit

(Stichwort: Bildungs- resp. Erziehungsunfähigkeit). Problematisch daran ist, dass die Orientierung der Sozialen Arbeit wie auch der politischen Bildung am Paradigma der „Prävention“ bei gleichzeitiger Suspendierung „einheimischer“ pädagogischer Leitbegriffe eine Legitimitätsgrundlage für soziale Selektions- und Ausschließungsprozesse eines vermeintlich „schwierigen Klientels“ erzeugt. Dabei bleibt der sozialpädagogische Blick auf „Risikojugendliche“ oder sog. „Systemsprenger“ durch eine präventive Neujustierung zwangsläufig verkürzt. Die Tatsache, dass es eine ausgrenzende Arbeitsteilung zwischen Sozialer Arbeit und (schulzentrierter) politischer Bildung gibt, durch die Kinder und Jugendliche mit devianten Verhaltensmustern aus dem aktuellen Diskurs um politische Bildung systematisch ausgeklammert bleiben und der spezialisierten Disziplin der Sozialen Arbeit respektive Jugendhilfe zugewiesen werden, provoziert eine Grundsatzdiskussion über die politischen Anregungspotenziale Sozialer Arbeit. Damit angesprochen ist das Kernproblem, dass Arbeitsansätze aus der Perspektive „Kritischer Sozialer Arbeit“, in deren argumentativen Zentrum ein erweitertes Verständnis von politischer Bildung als Movens der Befreiung des Politischen im Sozialen steht, nur marginal zur Kenntnis genommen wird. In (theorie-) systematischer Anlehnung an die Traditionslinie einer „kritisch-materialistischen Bildungstheorie“ soll Bildung als emanzipatives Arbeitsprinzip neu beleuchtet werden. Ausgehend von diesen theoretischen Bezügen wird ein Re-Konzeptualisierungsversuch Kritischer Sozialer Arbeit als politische Bildung in aktueller Perspektivierung einer „Pädagogik der Unterdrückten“ (Paolo Freire) resp. „Befreiungspädagogik“ (Heinz-Joachim Heydorn) vorgestellt, mit dem ein wichtiger Beitrag zur Weiterentwicklung einer ungleichheitssensiblen, politischen Bildung und Didaktik unter erschwerten Bedingungen geleistet wird.

Samstag, 23.11.2024 09:00 Uhr – 10:30 Uhr R 209

Soziale Arbeit als Hürde politischer Teilhabe von wohnungslosen jungen Menschen? Einsichten und Ausblicke

Martina Pistor, HS Fulda

Einzelbeitrag

Abstract

Die Entwicklung einer politischen Identität und politischer Praktiken findet nicht ausschließlich und noch nicht einmal hauptsächlich im Rahmen politischer Bildung statt (Bourdieu, 2021, S. 717–718, Fn. 59): Die politische Identität als Teil eines Habitus bildet sich im Alltag und verweist auf Machtstrukturen im sozialen Feld. Adressierung durch Soziale Arbeit (Wagner, 2013) und diskursive Konstruktionen von Armut und Wohnungslosigkeit (Gowan, 2010) schlagen sich im Habitus wohnungsloser junger Menschen nieder, die sich dazu verhalten müssen.

Im Rahmen einer Gruppendiskussion wurden wohnungslose junge Menschen nach ihrem politischen Selbstverständnis und ihrem Blick auf Politik befragt und Praktiken politischer (Nicht-)Partizipation identifiziert. Das prägende Ohnmachtserleben der jungen Wohnungslosen zeigt auch Spuren der sozialarbeiterischen Adressierung: Individualisierende Zuschreibungen verstellen Handlungsfähigkeiten und solidarische Praktiken. Identifizierte Handlungsfähigkeiten sind individualisierend und basieren oftmals auf Abgrenzungen, aber auch der (dem Ausschluss folgende) Selbstausschluss ist eine Form der Bearbeitung.

Soziale Arbeit muss reflektieren, welche Folgen sie für ihre Nutzenden zeitigt. So ist allein die Adressierung mit Stigmata und Entbürgerlichung verbunden, die die (politische) Handlungsfähigkeit der Nutzenden einschränken (Wagner, 2013). Durch politische Bildung den Schäden entgegenzuwirken scheint weniger erfolgversprechend, als die Schäden im Erbringungsverhältnis und Erbringungskontext bereits zu reduzieren.

Soziale Arbeit verfügt über Wissen zu gesellschaftlichen Ursachen und individuellen Folgen sozialer Probleme, das sie nicht systematisch teilt. So bleiben die Nutzenden auf ihr Alltagswissen und die Zuschreibungen gesellschaftlicher Diskurse zurückgeworfen, die für die Bearbeitung ihrer Probleme unzulänglich erscheinen. Soziale Arbeit könnte hier – in Anlehnung an die Psychoedukation im psychiatrischen Kontext (Bäumel & Pitschel-Walz, 2016) – ihr Herrschaftswissen systematisch teilen. Eine solche Sozioedukation könnte als praktisch werdende Soziologie mit aufklärerischem Anspruch an Bourdieus Forderung anschließen, mit Wissen über die Umstände des Elends vom Gefühl des Versagens zu entlasten (Bourdieu, 1997, S. 825 f.).

Derartige Ansprüche an Soziale Arbeit als emanzipatorische Praxis wiederum sind voraussetzungsvoll und erfordern politisches Bewusstsein und soziologisches Wissen der Professionellen – eine Forderung, die die Profession einzulösen aufgerufen ist (Breuer-Nyhsen,

2022; Gil, 2006, S. 167).

Bäumli, J., & Pitschel-Walz, G. (2016). Spezifische Aspekte der Psychoedukation in der Psychiatrie und Psychotherapie. In J. Bäumli, B. Behrendt, P. Henningsen, & G. Pitschel-Walz (Hrsg.), *Handbuch der Psychoedukation: Für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatische Medizin*. Schattauer Verlag.

Bourdieu, P. (1997). Post-Scriptum. In P. Bourdieu & A. Accardo (Hrsg.), *Das Elend der Welt: Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft* (S. 823–826). UVK.

Bourdieu, P. (2021). *Die feinen Unterschiede: Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft* (28. Aufl.). Suhrkamp.

Breuer-Nyhsen, J. (2022). *Haltungswissen als disziplinärer Kern. Ein empirischer Zugang zu Deutungs- und Handlungsmustern der Absolvent:innen von Bachelorstudiengängen der Sozialen Arbeit an Hochschulen für angewandte Wissenschaften* [Dissertation]. Universität Bielefeld.

Gil, D. G. (2006). *Gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung. Konzepte und Strategien für Sozialarbeiter* (T. Lutz, Übers.). Kleine.

Gowan, T. (2010). *Hobos, hustlers, and backsliders. Homeless in San Francisco*. Univ. of Minnesota Press.

Wagner, T. (2013). *Entbürgerlichung durch Adressierung? Eine Analyse des Verhältnisses Sozialer Arbeit zu den Voraussetzungen politischen Handelns*. Springer Fachmedien.
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-00273-2>

Abstract für eine Einzelpräsentation – Der sozialarbeitende Souverän? Streik- und Gewerkschaftsorientierungen von Sozialarbeitenden

Die seit dem letzten Jahr immer wieder aufflammenden „Warnstreikwellen“ (Dribbusch et al. 2023: 3) im Kontext der anhaltenden Reallohnverluste breiter Bevölkerungsgruppen legen Zeugnis von einem neuen gesellschaftspolitischen Selbstbewusstsein der abhängig Beschäftigten ab. Auch die heterogene Berufsgruppe der Sozialarbeitenden hat sich in den letzten Jahren immer wieder aktiv an Arbeitskämpfen im Kontext von Tarifverhandlungen beteiligt (vgl. ver.di 2022; vgl. ver.di Berlin- Brandenburg 2023). Eigentlich sollte uns das nicht überraschen, denn gerade in der Sozialen Arbeit herrschen seit längerem prekäre Arbeitsbedingungen in Form von befristeten Verträgen, geringen Entlohnungen und fehlenden Fachkräften (vgl. Braches-Chyrek 2023). Erstaunlicherweise bleibt jedoch die gewerkschaftliche Organisierung in diesem Berufsfeld trotz dieser Unsicherheiten gering, wie verschiedene Autor:innen trotz fehlender Zahlen¹ immer wieder kritisch anmerken (vgl. Bofinger et al. 2020; vgl. Neupert-Doppler 2023). Aus der Perspektive einer politischen Soziologie lässt sich insofern danach fragen, welche Rolle Streiks und Gewerkschaften für Sozialarbeitende spielen, welche Streikmotive existieren und welche gesellschaftspolitischen Orientierungen dafür handlungsleitend oder -hemmend sind?

Im Kontext der DGSA-Tagung, die nach den Orten der politischen Bildung in Rahmen der Sozialen Arbeit Ausschau hält, sind diese Fragen aus mindestens zwei Gründen unserer Ansicht nach von Bedeutung: Erstens lässt sich an dem Verhältnis zwischen den Sozialarbeitenden und den Gewerkschaften herausarbeiten, welche arbeits- und gesellschaftspolitischen Selbstverständnisse unter den Professionellen existieren. Zweitens können wir über die Praxis der gewerkschaftlichen Organisierung von Sozialarbeitenden und deren Ausbleiben, Erkenntnisse darüber gewinnen, unter welchen Vorzeichen sich solidarische Praktiken unter Fachkräften entwickeln.

Wir möchten auf der Tagung versuchen, zu beiden Aspekten Antworten zu geben. Hierfür greifen wir auf das Datenmaterial und die Befunde einer von uns aktuell laufenden Mixed-Methods-Studie über die

„Einstellungen und Orientierungen von Sozialarbeitenden zu Streiks und Gewerkschaften in einem ostdeutschen Bundesland“ zurück. Anhand der quantitativen und qualitativen Teiluntersuchungen möchten wir zeigen, unter welchen Voraussetzungen sich Sozialarbeitende und Studierende dieser Profession gewerkschaftlich organisieren und was

¹ Eine Ausnahme bildet eine nicht-repräsentative Umfrage (N=1815) von Kindler & Amann (2022) unter Sozialarbeitenden und Studierenden der Sozialen Arbeit aus der Schweiz. Bei dieser gaben 18% aller Befragten an, Mitglied einer Gewerkschaft zu sein (vgl. ebd.: 456). Schätzungen für Deutschland gehen bspw. nach Heinz (2016) von einem Organisationsgrad von 20% aus (vgl. ebd.: 62 & 75).

eine solidarische Streikpraxis fördert oder hemmt. In diesen Kontext ist anzumerken, dass Kindler (2021) bereits eine Studie zu den Determinanten von politischen Aktivitäten von Sozialarbeitenden vorlegte, hierbei jedoch gewerkschaftliche Praktiken eher nebensächlich blieben. Ansonsten existieren in diesem Gegenstandsbereich nur wenige empirisch-qualitative (vgl. Bofinger et al. 2020; vgl. Neubert 2017) oder theoriegeleitete Studien (vgl. Schäfer 2023). An dieser Forschungslücke setzt unsere multiperspektivische Untersuchung an.

Darüber hinaus möchten wir unsere Befunde mit der normativen Theorie der Arbeit von Honneth (2023) kontextualisieren. Letzterer konstatierte jüngst einen Zusammenhang zwischen den arbeitsweltlichen Erfahrungen und der demokratischen Deliberation. Welche Erfahrungen der Mitbestimmung, Selbstachtung und Anerkennung die Beschäftigten in der Arbeitswelt erheischen, habe laut Honneth einen maßgeblichen Einfluss auf das Herausbilden einer demokratischen Haltung. Wir versuchen ansatzweise, mittels seiner Theorie und unseren empirischen Erkenntnissen herauszuarbeiten, unter welchen Bedingungen sich eine demokratische Professionalität in der Sozialen Arbeit entwickeln kann.

Literatur

Bofinger, T., M. Asli, D. Kochskämper & A. Kotmann, 2020: Gewerkschaftliche Organisation. Sozialmagazin: 66–71.

Braches-Chyrek, R., 2023: Soziale Arbeit: Ausbildung und Beschäftigung. S. 105–118 in: R. Braches-Chyrek &

M. Friese (Hrsg.), Care Work in der gesellschaftlichen Transformation. Beschäftigung, Bildung, Fachdidaktik. Bielefeld: wbv Media GmbH & Co. KG.

Dribbusch, H., M.S. Luth & T. Schulten, 2023: WSI-Arbeitskampfbilanz 2022. Streiks als normales Instrument der Konfliktregulierung 83. Düsseldorf.

Heinz, A., 2016: Kollektive Interessenorganisation in der Sozialen Arbeit. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Honneth, A., 2023: Der arbeitende Souverän. Eine normative Theorie der Arbeit. Berlin: Suhrkamp.

Kindler, T., 2021: Sozialen Wandel gestalten–Einflussfaktoren auf die politische Aktivität von Fachpersonen und Studierenden der Sozialen Arbeit in der Schweiz. S. 163–180 in: A. Dischler & D. Kulke (Hrsg.), Politische Praxis und Soziale Arbeit. Theorie, Empirie und Praxis politischer Sozialer Arbeit. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Kindler, T. & K. Amann, 2022: Politisches Engagement von Fachpersonen der Sozialen Arbeit in der Schweiz. Eine Frage der Mobilisierung? S. 447–465 in: C. Gehrlach, M. von Bergen & K. Eiler (Hrsg.), Zwischen gesellschaftlichem Auftrag und Wettbewerb. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Neubert, H., 2017: Spannungsfelder der Organisation in der Sozialen Arbeit. Widersprüche: Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und

Sozialbereich 37: 31–42.

Neupert-Doppler, A., 2023: Organisation – Arbeitskreise Kritische Soziale Arbeit. S. 149–180 in: A. Neupert- Doppler (Hrsg.), Soziale Arbeit als katalytische Praxis – Impulse von Herbert Marcuse. Berlin: Frank & Timme GmbH.

Schäfer, M., 2023: Soziale Arbeit und ihre gewerkschaftlichen Interessenvertretungen — Wer sind sie und wofür werden sie gebraucht? S. 143–160 in: M. Schulze, J. Hille & P.-G. Albrecht (Hrsg.), Genese Ost: Transformationen der Sozialen Arbeit in Deutschland: Verlag Barbara Budrich.

ver.di, 2022: Sozial- und Erziehungsdienst: Bundesweiter Streik- und Aktionstag der Sozialarbeit am 2. Mai für gute Arbeitsbedingungen und finanzielle Anerkennung. <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++c08219f0-c707-11ec-a3b9-001a4a16012a>.

ver.di Berlin-Brandenburg, 2023: 02.11.2023: Warnstreik in den Berliner Kitas, der Sozialarbeitenden in der Verwaltung und der Erzieher*innen und Sozialarbeitenden an Schulen. <https://bb.verdi.de/themen/tarifrunde-oed-der-laender-2023/++co++88463696-77de-11ee-a10d-001a4a160110>.

14.1 Workshop: Politik lehren in der Sozialen Arbeit (AT) (Doreen Müller, Uni Göttingen & Julia Breuer-Nyhsen, KatHo NRW)

In einem der mit der Arbeitstagung in den Blick zu nehmenden Themenfeldern, - ‚Politische Bildung, politisches Handeln und professionsbezogene Solidarität von Fachkräften Sozialer Arbeit‘ - fragen Sie unter anderem, inwiefern ein politisches Selbstverständnis Teil der Professionsentwicklung ist. In meiner Dissertation mit dem Titel ‚Haltungswissen als disziplinärer Kern. Ein empirischer Zugang zu Deutungs- und Handlungsmustern der Absolvent:innen von Bachelorstudiengängen der Sozialen Arbeit an Hochschulen für angewandte Wissenschaften‘ (Breuer-Nyhsen 2023) leite ich zunächst her, dass aus professionstheoretischer Sicht ein politisches Selbstverständnis, hier die bewusste Positionierung innerhalb wohlfahrtstaatlicher Arrangements, zentral für ein zeitgemäßes Professionsverständnis und damit auch entscheidender Aspekt der Professionalitätsentwicklung im Studium der Sozialen Arbeit sein *muss*. Empirisch zeige ich dann aber leider, dass dies nur bei einem kleinen Teil der Studierenden gelingt: Überwiegend werden von Absolvent:innen der Bachelorstudiengänge Soziale Arbeit an HAW gegenwärtige sozialstaatliche Prinzipien entweder wenig fundiert und reflektiert übernommen, oder ihre Kritik erweist sich als rein deklaratives ‚Phrasendreschen‘, das keinen Niederschlag im professionellen Handeln findet.

Forschungsmethodisch wurde bei der Untersuchung auf ein performatives Verfahren gesetzt, da sich im disziplinären Diskurs zunehmend die Überzeugung durchsetzt, dass im professionellen Handeln genutzte Wissensbestände häufig als implizites Wissen inkorporiert sind und „von den beruflich Handelnden in ihren Reflexionen nicht unbedingt dezidiert ausgewiesen werden“ können (Thole 2020, S. 28). „Wenn dem so sein sollte, dann können die von den Fachkräften der Sozialen Arbeit hervorgebrachten Handlungen Auskunft über realisierte Professionalisierungsprozesse geben“ (ebd., S. 21). Um diese Handlung einer Analyse zugänglich zu machen, konnten 232 Absolvent:innen für die Bearbeitung zweier Fallvignetten gewonnen werden, die Ergebnisse wurden durch eine Analyse der Modulhandbücher der beteiligten Hochschulen flankiert und einige vertiefende Einzelinterviews ergänzt. Es ergibt sich insgesamt ein düsteres Bild, das zahlreiche Fragen aufwirft, von denen einige im geplanten Workshop nach einer kurzen Hinführung und Ergebnisvorstellung zur Diskussion gestellt werden sollen:

- Wie kann politische Bildung in der Hochschule als Basis für Professionalisierungsprozesse gestaltet werden? (Hierzu werden auch erste Erfahrungen bspw. mit Planspielen eingespeist)
- Wie können Anschlussstellen für überwiegend unpolitische Studierende geschaffen werden, ohne Qualitätsansprüche in der Hochschullehre aufzugeben? (Anschlussstellen haben sich auch in meiner Erhebung als zentraler Erfolgsfaktor erwiesen)
- Wie können – wenn sie denn gelingen – Folgen von Irritationen mitgebrachter Überzeugungen der Studierenden aufgefangen und politische Bildung so erst ermöglicht werden, und das angesichts eines auch in den HAW zunehmend überlasteten Kollegiums?

Nach Veröffentlichung der Dissertation haben sich einige Lehrende unterschiedlicher Hochschulen bei mir gemeldet und den Austausch gesucht, offensichtlich besteht Gesprächsbedarf und Diskussionspotential, gerne würde ich dies im geplanten Workshop aufgreifen.

Literatur:

Breuer-Nyhsen, Julia: Haltungswissen als disziplinärer Kern. Ein empirischer Zugang zu Deutungs- und Handlungsmustern der Absolvent:innen von Bachelorstudiengängen der Sozialen Arbeit an Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades. Universität Bielefeld.

Thole, Werner (2020): Zur Lage des Professionellen. Stichworte zum Stand der Profession, der Professionalisierung und der Professionalität der Sozialen Arbeit sowie der Qualifizierungsangebote. In: Bielefelder Arbeitsgruppe 8 (Hg.): Wie geht's weiter mit Professionalisierung und Ausbildung in der Sozialen Arbeit? Lahnstein: neue praxis, S. 15–32.

Vortrag: Sozialraumsensible politische Bildung und Performativität - Erfahrungen, Herausforderungen, Ambivalenzen (Mario Rund, HS Darmstadt & Laura Einhorn, TH Köln)

Abstract

Ausgehend von Forschungsergebnissen zu strukturellen Ausschlüssen von Personengruppen gerade durch politische Partizipations- und Bildungsprozesse sowie der Praxis Sozialer Arbeit (z.B. Fröhlich et al. 2021, Müller & Munsch 2021, Pigorsch 2021, Rund 2022, Wagner 2012) geht der Beitrag der Frage nach, wie, wo und in welchen professionellen Kontexten politische Bildung für politisches Handeln in den unmittelbaren Alltagszusammenhängen stattfinden kann, die durch die vorherrschenden institutionalisierten und didaktisierten Angebote nicht erreicht werden (können). Der Beitrag basiert auf Erkenntnissen und Erfahrungen aus der „aufsuchenden politischen Bildung“ bzw. der „demokratiestützenden Stadtteilarbeit“ (z.B. Blender 2021, Görtler & Miesen 2023, Rund 2023) und versteht sich als praxisorientierter Impuls zur Stärkung und Weiterentwicklung entsprechender Handlungsfelder. In einem kurzen Impuls soll zunächst anhand eines Praxisbeispiels reflektiert werden, wie sich Menschen in einer peripheren Großwohnsiedlung ihre Interessen aneignen, sich zu politisch handlungsfähigen Subjekten entwickeln und selbstbestimmt demokratische Lern- und Belastungsräume organisieren. Im Anschluss soll eine gemeinsame, offene Diskussion darüber angestoßen werden, welche Herausforderungen und Ambivalenzen sich im Rahmen einer sozialraumsensiblen politischen Bildung für die Akteur:innen und Strukturen der politischen Bildung und der Sozialen Arbeit ergeben. Dabei wird u.a. die Frage aufgeworfen, welches Wissen im Rahmen politischer Bildung als relevant markiert wird (z.B. Rund 2021) und in welcher Weise der Versuch der Institutionalisierung von Beteiligungs- und Bildungsprozessen gegenläufige Effekte haben kann. Wir freuen uns auf einen offenen Austausch von Erfahrungen und Perspektiven im Rahmen des Streams/Panels/Workshops.

Referenzen und zentrale Bezüge

- Blender, Johanna (2021): Aufsuchende politische Bildung im Quartier. Der Sozialraum Quartier als Lernort für die Förderung politischer Partizipation. Berlin: Minor – Wissenschaft Gesellschaft mbH.
- Bürgin, Julika (2017): Politische Bildung in der Sozialen Arbeit. Sozialmagazin 12, S. 68-75. Fröhlich, Paulina; Mannewitz, Tom; Ranft, Florian (2021): Die Übergangenen. Strukturschwach & erfahrungsstark: zur Bedeutung regionaler Perspektiven für die große Transformation. Berlin, Bonn: Das Progressive Zentrum; Friedrich-Ebert-Stiftung (Studie).
- Cehata, Yasmine et al. (Hg.) (2023): Handbuch Kritische politische Bildung. Frankfurt/Main: Wochenschau Verlag.
- Görtler, Michael; Miesen, Vera (2023): Politische Bildung in Gemeinwesen, Sozialraum und Lebenswelt. In: Cehata, Yasmine et al. (Hg.): Handbuch Kritische Politische Bildung. S. 404-411.
- Müller, Falko; Munsch, Chantal (Hg.) (2021): Jenseits der Intention – Ethnografische Einblicke in Praktiken der Partizipation. 1. Auflage. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Pigorsch, Stephanie (2021): Verschlagworten und Systematisieren in moderierten Beteiligungsprozessen – Oder: Wie Erfahrungswissen unsichtbar gemacht wird. In: Falko Müller; Chantal Munsch (Hg.): Jenseits der Intention – Ethnografische Einblicke in Praktiken der Partizipation. 1. Auflage. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 63–75.
- Rund, Mario (2021): Kontingente Bauchgefühle. Urteilen und Entscheiden in der Sozialraumarbeit im Kontext von Programmierungen und ökonomisierter Wissensproduktion. In: Sozial Extra 3, S. 268–271.
- Rund, Mario (2022): Partizipation. In: Rund, Mario/Peters, Friedhelm (Hrsg.) (2022): Schlüsselbegriffe der Sozialplanung und ihre Kritik (Sozialraumforschung und Sozialraumarbeit, Bd. 23). Wiesbaden: Springer VS, S. 139–156.
- Rund, Mario (2023): „Nicht nur dabei sein dürfen, sondern auch mitbestimmen können“. Von der ‚Bürgerbeteiligung‘ zu einer lokalen Partizipationskultur. In: Brokow-Loga, Anton (Hg.): Corona und die Stadt: Beteiligungskultur in der Krise. Bielefeld: transcript, S. 43–60.

- Sander, Wolfgang (Hg.) (2021): Handbuch politische Bildung. 5., völlig überarbeitete Auflage. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Wagner, Thomas (2012): "Und jetzt alle mitmachen!": ein demokratie- und machttheoretischer Blick auf die Widersprüche und Voraussetzungen (politischer) Partizipation. In: *Widersprüche* (32 (132)), S. 15–38.
- Wagner, Leonie & Lochner, Barbara (2020) Politische Bildung als Anspruch und Auftrag Sozialer Arbeit heute. *Sozial Extra* 44, 4–6.

Samstag, 23.11.2024 09:00 Uhr – 10:30 Uhr R 113

Queere Subjektivierung als politische Bildung?! - Gelingensbedingungen queerer Jugendarbeit

Dr. Folke Brodersen (CAU Kiel), Prof. Dr. Jasmin Brück (IU Internationale Hochschule), Dr. Nils Klevermann (Universität Siegen), Simon Merz (Akademie Waldschlösschen – Stiftung Rainer Marbach und Ulli Klaum)

Format: Panel mit Workshopcharakter

Ausgehend von queeren Theorie- und Praxisperspektiven diskutieren wir in diesem Panel mit den Teilnehmenden vier Fragen nach dem Zusammenhang von Queerness, Subjektivierung und politischer Bildung:

- Welche Bedingungen ermöglichen und verhindern eine queere Subjektivierung?
- Wie positionieren sich Jugendliche und queere Jugendgruppen (politisch) zu diesen gesellschaftlichen Bedingungen?
- (Wie) Kann Jugendarbeit zu sexueller und geschlechtlicher Selbstbestimmung bilden?
- Wie kann sich das Potential politischer Bildung in Angeboten mit queeren Jugendlichen (wirklich) entfalten?

Vor dem Hintergrund dieser Fragestellungen zeigen wir auf, wie einerseits gesellschaftliche und symbolische Machtordnungen auf die Handlungsfähigkeit und Positionierung junger queerer Menschen einwirken können. Andererseits heben wir in diesem Zusammenhang die relevante Position einer queeren Jugendarbeit hervor, um Ermächtigungsprozesse und Selbstbildungsprozesse von jungen queeren Menschen anzustoßen und zu unterstützen. Das Politische in der Sozialen Arbeit verorten wir damit sowohl in der Zurückweisung von Strukturen sozialer Ungleichheit, als auch in der Gestaltung handlungsmacherweiternder Subjektivierungsbedingungen für junge Menschen.

Wir zeigen auf, dass eine offene Jugendarbeit in Bezug auf queere junge Menschen nicht mehr nur identitätslogischen Konzepten folgen darf, die vor allem die Coming-out-Unterstützung und eine Festigung des Selbstbilds anvisierten (Bitzan/Kaschuba 2023). Vor dem Hintergrund zunehmender gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Authentizitätsdrucks ist Jugendarbeit verstärkt gefordert ist, die abwertenden wie auch die vereindeutigenden sozialen Verhältnisse aufzudecken, Benachteiligungen entgegenzuwirken sowie fördernde Bedingungen hinsichtlich einer komplexen queeren Subjektivierung zu ermöglichen. Hierbei gilt es, die Perspektiven junger queerer Menschen zu stärken, sie als aktiv gestaltende Subjekte anzuerkennen sowie ihre Positionen, Themen und Interessen öffentlich zu artikulieren und entsprechende Möglichkeitsräume zu eröffnen

Eine queer ausgerichtete Jugendarbeit muss sich insofern vielschichtig auf die Lebenslagen

sowie soziopolitischen Bedingungen junger Menschen einlassen, um sich nicht nur einseitig auf Hilfe und Lebensbewältigung konzentrieren. Sie muss zudem Aufgaben der Subjektbildung und politischen Bildung übernehmen, um junge queere Menschen an gesellschaftlichen Prozessen teilhaben zu lassen. Hierbei behält eine Jugendarbeit stets im Blick, welche Möglichkeiten der Selbstermächtigung junge Menschen haben. Sie leistet insofern einen Beitrag, junge queere Menschen im Prozess der Selbstermächtigung und Selbstbestimmung zu unterstützen sowie darin, sich soziale Räume anzueignen und mitzugestalten (Gentsch/Splitt 2021; Groß 2021)

Bedingungen einer queeren Subjektivierung (Jasmin Brück)

Dieser Impuls zeigt entlang der theoretischen Folie des (un)doing queer auf (Brück 2023), wie Normalitätsannahmen und Anerkennungsprozesse Einfluss auf die Ermöglichung und Verhinderung einer queeren Lebensweise nehmen. Neben einer individuellen Handlungsdimension bedingen auch gesellschaftspolitische Strömungen und die damit verbundenen normativen Annahmen sowie strukturellen Bedingungen und Anforderungen die Situation von jungen queeren Menschen im Heranwachsen.

Sich ins Verhältnis setzen. Empirische Einsichten in die politische Bildung queerer Jugendarbeit (Nils Klevermann)

Indem queere Jugendarbeit Jugendliche und junge Erwachsene bei der (Aus-)Bildung einer geschlechtlichen und sexuellen Identität unterstützt, muss sie immer auch die (gesellschafts-

)politischen Bedingungen in den Blick nehmen, unter denen sich diese Bildungsprozesse vollziehen (Hartmann et al. 2017). In diesem Impuls stehen ethnographische Beobachtungsprotokolle eines aktuellen Forschungsprojekts im Fokus. Am Beispiel von durch die offene Jugendarbeit organisierten Fahrten zu unterschiedlichen Christopher Street Days (CSDs) wird analysiert, wie sich die teilnehmenden jungen Menschen und die Pädagog:innen individuell und kollektiv zu diesen Bedingungen affirmativ oder subversiv ins Verhältnis setzen.

Ziele queerer Jugendarbeit (Folke Brodersen)

Junge Menschen zu Mündigkeit und Selbstbestimmung zu erziehen: Dieses Dilemma der Jugendarbeit und politischen Bildung stellt sich erneut aus queerer Perspektive. Sich geschlechtlich und sexuell selbst zu bestimmen, bedarf nicht nur juristischer Rechte, sondern benötigt auch Räume, um diese Kompetenzen zu erwerben und sich selbst zu bilden (Hartmann/Busche 2018). Der Impuls verdichtet die Praxis queerer Jugendarbeit zu Zielperspektiven und diskutiert die Ambivalenz einer Bildung zur Selbstbestimmung (Engel 2008).

Politische Bildung mit queeren Jugendlichen – Möglichkeiten und Fallstricke aus einer Praxisperspektive (Simon Merz)

Emanzipatorische politische Bildung im Sinne des Beutelsbacher Konsens (vgl. Wehling 1977) und der Frankfurter Erklärung (2015) bietet einen denkbar guten Rahmen zur kritischen Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen sowie zur Erfahrung von Selbstwirksamkeit und Teilhabe an politischen Prozessen. Nicht jedes Angebot politischer Bildung ist jedoch gleichermaßen zugänglich für queere Jugendliche (vgl. Garbers/Lunkenheimer/Merz 2023). In diesem Impuls sollen das Potential politischer Bildung mit queeren Jugendlichen, wiederkehrende Themen sowie mögliche Hürden beleuchtet werden.

Literatur

Bitzan, Maria/Kaschuba, Gerrit (2023): Qualität der Jugendarbeit weiterdenken. In: Bitzan et al. (Hrsg.): Queer im Übergangssystem. Impulse für eine heteronormativitätskritische Praxis Sozialer Arbeit. Transcript, S. 231-251.

Brück, Jasmin (2023): Junge queere Menschen im Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf. Eine qualitativ-rekonstruktive Studie zu (un)doing queer im beruflichen Ausbildungssystem. Springer.

Engel, Antke_Antek (2008): Gefeierte Vielfalt. Umstrittene Heterogenität. Befriedete Provokation. Sexuelle Lebensformen in spätmodernen Gesellschaften. In: Bartel, Rainer/Finster, Waltraud/Ziegler, Meinrad (Hrsg.): Heteronormativität und Homosexualitäten. Studienverlag, 43–63.

Frankfurter Erklärung (2015): Für eine kritisch-emanzipatorische Politische Bildung. Abrufbar unter <https://sozarb.h-da.de/politische-jugendbildung/frankfurter-erklaerung> (Zugriff: 28.05.2024)

Garbers, Annika/Lunkenheimer, Leo/Merz, Simon (2023): Von politischen Inhalten und deren Umsetzung. Geschlechtliche, sexuelle und romantische Vielfalt in der politischen Bildung. In: Außerschulische Bildung 04/2023, 26-32.

Gentsch, Jan/Splitt, Kira (2021): LSBT Einrichtungen. In: Deinet, Ulrich (Hrsg.): Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH. S. 563- 572

Groß, Melanie (2021): Queer in der Offenen Jugendarbeit. In: Deinet, Ulrich (Hrsg.): Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit. Springer Fachmedien, S. 871-881.

Hartmann, Jutta/Busche, Mart (2018): Mehr als Sichtbarmachung und Antidiskriminierung. In: Sozial Extra 42, 21–25.

Hartmann, Jutta/Messerschmidt, Astrid/Thon, Christine (2017): Queering Bildung. In: Hartmann, Jutta/Messerschmidt, Astrid/Thon, Christine (Hrsg.): Queertheoretische

Perspektiven auf Bildung. Pädagogische Kritik der Heteronormativität. Verlag Barbara Budrich, S. 15–28.

Wehling, Hans-Georg (1977): Konsens à la Beutelsbach? Nachlese zu einem Expertengespräch. In: Schiele, Siegfried/Schneider, Herbert (Hrsg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung. Stuttgart: Ernst Klett Verlag, 173-184.

Kontakt

Jasmin Brück Jasmin.Brueck@iu.org

Georg Gläser: Politische Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Professionen, Arbeitsverhältnisse und kritische Selbstorganisation

Das Feld der Demokratieförderung bzw. politischen Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wird nicht nur durch sicherheitspolitische Rahmenbedingungen gesteuert, sondern vor allem die ökonomische Strukturierung des

Feldes. Arbeitsbedingungen unter projektförmiger Förderlogik haben maßgeblichen Einfluss auf Arbeit, Träger, politische Bildner*innen und Rezipient*innen. Paradigmatisch steht hierfür das Bundesprogramm Demokratie leben!, das aktuell für eine dritte Förderperiode von 2025 bis 2032 verlängert wurde (Gläser 2024). Was ist Demokratieförderung und wie hat sich die staatliche Demokratieförderung im Bereich politische Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus seit den 1990er-Jahren strukturell verändert, wo gibt es Kontinuitäten? Wie ist das Verhältnis zur sozialen Arbeit zur Demokratieförderung? Welche professionsbezogenen Selbstverortungen werden im Feld vorgenommen? In meinem Vortrag werde ich zunächst erläutern wo eine politische Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus in der Hochschullandschaft verortet ist, bspw. an Lehrstühlen für Lehrer*innenbildung, Soziale Arbeit, Erwachsenenbildung. Im nächsten Schritt sollen politische Bildung und Soziale Arbeit als unterschiedliche Professionen umrissen werden, um die Demokratieförderung als sich überschneidendes Arbeitsfeld zu diskutieren, Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten. Einer Analyse der Arbeitsverhältnisse kommt hier eine entscheidende Rolle zu. Dabei stütze ich mich auf die Forschung im Rahmen meines Dissertationsprojekts. Diese basiert auf einer Teilnehmenden Beobachtung, die mit Hilfe eines zweischrittigen ethnographischen Verfahrens erhoben und ausgewertet wurde: Erstens Theoriegenese durch die Extended Case Method nach Michael Burawoy (1998), zweiten Historische Verortung durch Verknüpfung mit staatlichen Policy Dokumenten anhand der Historically Embedded Ethnography in Anlehnung an Lara-Millán (2021). Schließlich werden die kritischen Selbstorganisationen der kritischen Sozialen Arbeit (Wendt 2022) und der kritischen politischen Bildung (Chehata et al 2024) ins Verhältnis gesetzt, fehlende Bezüge hergestellt.

Literatur

Burawoy, Michael (1998): The Extended Case Method. In: Sociological Theory, Jg. 16/1,

S. 4–33. doi:10.1111/0735-2751.00040.

Chehata, Yasmine/Eis, Andreas/Lösch, Bettina/Schäfer, Sebastian/Schmitt, Sophie/Thimmel, Andreas/Trumann, Jana/Wohnig, Alexander (Hrsg.): Handbuch kritische politische Bildung. Schwalbach/Ts: Wochenschau Verlag.

Gläser, Georg (2024): "Arbeitsverhältnisse in Förderprogrammen politischer Bildung". In: Feldmann, Dominik/Pelzel, Steffen/Sämman, Jana (Hrsg.): Kampffeld politische Bildung. Theorie und Praxis zwischen Einhegungen und Entgegnungen. Münster: Westfälisches Dampfboot. i.E.

Lara-Millán, Armando (2021): Redistributing the Poor: Jails, Hospitals, and the Crisis of Law and Fiscal Austerity. Oxford University Press. doi:10.1093/oso/9780197507896.001.0001.

Wendt, Peter-Ulrich (Hrsg.) (2022): Kritische Soziale Arbeit. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.

Prof. Dr. phil. habil. Julika Bürgin

Hochschule Darmstadt
Fachbereich Soziale Arbeit

Adelungstraße 51 und 53
D-64283 Darmstadt
Tel +49.6151.533-67795
julika.buergin@h-da.de
www.sozarb.h-da.de

28. Mai 2024

Samstag, 23.11.2024 10:50 Uhr – 11:50 Uhr Hörsaal 201

Politische Bildung oder Demokratiebildung? Wie sich die Diskursverschiebung im Feld der Sozialen Arbeit niederschlägt und durch sie befördert wird

Der Beitrag befasst sich mit dem Verhältnis von politischer Bildung und Demokratiebildung. Beleuchtet wird zum einen, wie der Staat Demokratiebildung förderpolitisch steuert und welche inhaltlichen Konzepte damit verbunden sind. Betrachtet wird, wie Demokratiebildung wissenschaftlich verstanden wird. Dabei werden grundlegende Unterschiede herausgearbeitet, die schließlich auch bedeutend für die praktische Frage nach einer Vereinbarkeit von politischer Bildung und Demokratiebildung sind. Es soll rekonstruiert werden, welche Vorstellungen von Demokratie jeweils enthalten sind und welche Implikationen dies für den Anspruch politischer Bildung hat, politische Urteils- und Handlungsfähigkeit zu befördern. Verfolgt wird die These, dass es keine Demokratie unabhängig vom politischen System gibt und Demokratiebildung, die sich auf die Lebenswelt als Handlungsfeld begrenzt, mit politischer Bildungsarbeit nicht vereinbar sind. Als ihre Aufgabe wird verstanden, die Adressat*innen zu unterstützen, sich als politikberechtigt und -fähig zu erfahren, auch indem sie und Machtbeziehungen im Kontext von Herrschaftsverhältnissen verstehen. Das Feld der Sozialen Arbeit wird als relevant für die Verschiebung in Praxis und Wissenschaft nachgezeichnet.

Inhaltlich orientiert sich das Angebot am gleichnamigen Beitrag für den Sammelband Görtler/Schäfer „Politische Bildung in der Sozialen Arbeit“ (im Erscheinen).

Format:

Denkbar ist ein Einzelbeitrag oder ein Beitrag in einem Panel, in diesem Fall natürlich gerne mit anderen, die sich ebenfalls auf das Verhältnis von politischer Bildung und Demokratiebildung beziehen. Da es hier eine fachliche Kontroverse gibt, bin ich natürlich bereit, mich auf diese einzulassen.

Samstag, 23.11.2024 10:35 Uhr – 11:35 Uhr R 114

Anya Fliegner

Die Sichtweisen 2.0. Gesellschaft für bunte Ansichten

Call for participation für die Arbeitstagung „Soziale Arbeit als Ort der Politischen Bildung – Demokratie, Partizipation und Teilhabe in der Zivilgesellschaft“

„Du bist nicht nur der Hammer. Du bist ein ganzer Werkzeugkasten voller Ideen!“

Workshop „Politische Bildung in der Praxis“

Wie können in Zeiten gesellschaftlicher Spaltung und des Rechtsrucks sichere Räume geschaffen werden, in denen sich junge Menschen begegnen, austauschen und ausprobieren können? Ziel ist es, Jugendliche und junge Menschen zu empowern, selbstsicher sichtbar zu werden und eigene Ideen und Projekte zu entwickeln, sowie sich selbstwirksam in die Gesellschaft einzubringen und selbstbewusste Gestalter*innen der Gesellschaft zu werden.

Welche Rolle spielt Beziehungsarbeit, um junge (migrantisch/muslimisch gelesene) Menschen zu erreichen? Wie können tragfähige Beziehungen in der Praxis gelingen, um intrinsisches Engagement zu mobilisieren und gesellschaftliche und politische Teilhabe zu ermöglichen und zu fördern.

Die Sichtweisen – Gesellschaft für bunte Ansichten sind eine offene Community, die Diversität und Vielfalt als Chancen sieht, solidarische Bündnisse schmiedet und vielfältigen Austausch fördert. Hierbei stehen diversitätssensible, rassismus- und machtkritische Perspektiven und Strategien im Vordergrund. Es sind junge Engagierte, die kreative Projekte für eine lebendige Demokratie und Gesellschaft initiieren und umsetzen. Die Jugendlichen und jungen Menschen begleiten sich (Peer-to-Peer) in ihrer persönlichen Entwicklung, entdecken gemeinsam ihre Stärken und entwickeln miteinander Ideen und Projekte, um eine zukunftsfähige und lebenswerte Gesellschaft mitzugestalten, Menschenrechte und Demokratie zu leben und jeglicher Form von Ungleichwertigkeitsideologien aktiv entgegen zu treten.

Unsere Mitglieder sind so vielseitig und divers wie unsere Gesellschaft. Hier begegnen sich junge Menschen zwischen 16 und 27 Jahren aus NRW mit verschiedenen Hintergründen und Lebenswegen. Durch die Vielfalt an geschlechtlichen, religiösen und sozialen Identitäten und Lebenswirklichkeiten ist dadurch jedes einzelne Projekt ein echtes Kunstwerk für Austausch und Kreativität.

Im Rahmen des Workshops werden junge Gesellschaftsgestalter*innen des Die Sichtweisen-Netzwerks mit den Teilnehmer*innen des Workshops über Fragen, wie politische Bildung in der aktuellen Situation (migrantisch/muslimisch gelesene) Jugendliche und junge Menschen erreichen und gelingen kann, erfahrungsbasiert erörtern.

Samstag, 23.11.2024 10:35 Uhr – 11:35 Uhr R 209

Panelvorschlag für das Themenfeld „Politische Bildung, politisches Handeln und professionsbezogene Solidarität von Fachkräften Sozialer Arbeit“

Jörg Reitzig, Benny Momper, Norman Böttcher und Thure Alting

Titel: Verhalten und Verhältnisse im Zusammenhang denken – Verteilung(sfragen), Interessen(macht) und Konflikt(fähigkeit) als Schlüsselthemen des Sozialen im 21. Jahrhundert

Format: Panelveranstaltung

Dauer: 90 Min.

Warum steigt die Armut in unserem Land, obgleich die Wirtschaft wächst? Ist der „Kapitalismus am Limit“ (Brand/Wissen), weil Mangel und Armut in der Welt nicht auf mangelnde Potenziale, sondern auf dessen ineffiziente Produktions- und Konsumweisen zurückzuführen sind? Und was bedeutet das für die Soziale Arbeit? Einerseits lässt sich schlussfolgern, dass, wenn die Arbeitsproduktivität – also die Wirtschaftsleistung pro Kopf – wächst und gleichzeitig die (relative) Armut ebenso zunimmt, wie die extreme Ungleichheit bei der Vermögensverteilung, dann die Masseneinkommen, kollektiver Konsum und Transferleistungen ebenfalls steigen müssen, um diese Schere wieder zu schließen. Dann ist also Umverteilung die Antwort. Andererseits ist klar, dass die Marktwirtschaft aus sich selbst heraus diese Aufgabe nicht lösen kann – schon gar nicht unter Wahrung von Kriterien ökologischer und sozialer Tragfähigkeit. Der Markt kann Ressourcen und Überschüsse nur in der begrenzten Rationalität betriebswirtschaftlicher Gewinnmaximierungsstrategien verwerten. Der Sozialstaat als Regulationsinstrument, das die schlimmsten Verwerfungen dieser fatalen Logik einhegen soll, steht aus diesem Grund in einem permanenten Konflikt mit der Privatwirtschaft und ihrer politische Lobby-macht. Und wenn die erforderlichen gesellschaftlichen Veränderungen aus Vernunftgründen nicht zu erwarten sind, dann ist die Formierung sozialer Gegenmacht gefragt. Konfliktbereitschaft wird so zur Voraussetzung für die Entwicklung gesellschaftlicher Perspektiven. Der Sozialen Arbeit, hier verstanden als *Politik und Bildung am und des Sozialen* (May/Kunstreich), kommt hierbei eine Vermittlungsfunktion zu. Sie hat zumeist tiefere Einblicke in die Lebenswelten der Nutzer:innen als es den Trägern politischer Bildungsarbeit möglich ist.

In dem Panel soll versucht werden, zwei Dimensionen, die in Ausbildung und Praxis Sozialer Arbeit auseinandergetreten sind, wieder zu vermitteln: Erstens die *politische* Dimension, d.h. das Spannungsverhältnis von Demokratie und Ent-Zivilisierung des Gegenwartskapitalismus (Heitmeyer). Zweitens die *ökonomische* Dimension, d.h. die zunehmende soziale Ungleichheit, insbesondere im Hinblick auf die Vermögensverteilung und ungleicher werdende Teilhabechancen. In dem Panel soll daher in einem Dreischritt der Versuch unternommen werden, diese beiden Dimensionen auf unterschiedlichen Ebenen darzustellen und sie auf das

Feld der Sozialen Arbeit zu beziehen.

In einem ersten Schritt sollen makroökonomische und demokratietheoretische Überlegungen einen Zugang dazu bieten, wie sich die wirtschaftlichen und politischen Strukturen in der Transformation von Sozialstaatlichkeit und damit auch im Feld der Sozialen Arbeit niederschlagen. Im zweiten Schritt geht es um die Förderstrukturen und die konzeptionelle Ausrichtung der politischen Bildung. Auffällig ist heute, dass sowohl in den Konzepten der diskriminierungskritischen Bildungsarbeit als auch in den Förderaufrufen der Ministerien soziale Ungleichheit, Fragen zur materiellen Reproduktion sowie Klasse keinerlei Rolle spielen darüber eine lange Zeit verankerte Begriffssprache für materialistische Gesellschaftskritik abhanden kam. Im dritten Schritt wird die Handlungsebene fokussiert und am Beispiel selbstorganisierter, gemeinwesenorientierter Jugendarbeit in Mannheim an Reflexionen aus der Hochphase der Professionalisierungsdebatten in den 1970er und 80er Jahren erinnert. Denn einerseits ist heute aufgrund der Zuspitzung o.g. gesellschaftlicher Verwerfungen auch in der Sozialen Arbeit die Konfliktorientierung erneut in aller Munde, andererseits fehlt hierbei häufig der Rückblick auf jene Phase der Disziplin, in der Ökonomie, Politik und Pädagogik aufs Engste verschränkt waren.

Kontakt: joerg.reitzig@hwg-lu.de

Samstag, 23.11.2024 10:35 Uhr – 11:35 Uhr R 210

Stephan Bundschuh/Timo Voßberg

Hochschule Koblenz

Abstract zur

Arbeitstagung: Soziale Arbeit als Ort der Politischen Bildung – Demokratie, Partizipation und Teilhabe in der Zivilgesellschaft

am 22.11. und 23.11.2024 an der TH Köln

Themenbereich: Forschungsperspektiven

Format: Workshop oder Einzelpräsentation

Titel: Plurale Erinnerungsarbeit. Ein Forschungsbericht zum Verhältnis von Politischer Bildung und Partizipativer Forschung in der Jugendarbeit

Individuelle und kollektive Erinnerungen sind miteinander verknüpft, multidirektional ausgerichtet und gesellschaftlich umkämpft. Sie prägen die Verortung in der Gegenwart, von der aus der Blick auf Geschichte wiederum geprägt ist. In einer postmigrantischen Gesellschaft stellt sich die Frage nach gleichberechtigter Teilhabe aller Mitglieder dieser Gesellschaft auch bei der Aushandlung von Erinnerung und ökonomischem Gedenken.

Diese komplexe Thematik wurde im Wissenschaftspraxisprojekt „Partizipative Erinnerungspädagogik in Koblenz und Umgebung“ (von 2020 bis 2024, siehe auch www.partizipativ-erinnern.de) auf mehrdimensionale Weise politisch bildend, partizipativ begleitend und wissenschaftlich erforschend bearbeitet. Dabei lag der Fokus vor allem auf der Schnittmenge von (Partizipativer) Forschung und Historisch-Politischer Bildung, indem die Erinnerungspraktiken sowie Geschichts- und Erinnerungsbezüge junger Menschen methodenplural und dabei auch partizipativ erforscht wurden. Mehrere Jugendgruppen gingen in Mikroprojekten, die in der Ökonomie Jugendarbeit und einem Jugendverband angesiedelt waren, selbstgewählten Themenfeldern im Kontext von Geschichte und Erinnerung nach. Dabei erfolgte eine enge Zusammenarbeit mit Sozialarbeitenden, was systematisch Fragen nach dem Rollenverständnis aller Beteiligten und den Machtverhältnissen untereinander aufwarf. Es ging kontinuierlich um das Austarieren der Relation von Anleitung und Begleitung, Steuerung und Selbstbestimmung, Partizipation und Projektzielen.

Im geplanten Workshop oder Einzelbeitrag sollen a) die Forschungsergebnisse zu jugendlichen

Erinnerungspraktiken im Kontext von Jugend(verbands)arbeit vorgestellt, b) die methodologischen Herausforderungen eines partizipativen Forschungszuganges benannt und c) das Potential der Realisierung Politischer Bildung mittels partizipativer Forschungspraktiken diskutiert werden. Ziel des Beitrags ist es, Orientierungspunkte der partizipativen Zusammenarbeit von akademisch Forschenden, Sozialarbeitenden und co-forschenden Jugendlichen vorzustellen, insbesondere wenn Fragen zu Geschichte und Gegenwart, von Historischer und Politischer Bildung gleichberechtigt und partizipativ auf allen Ebenen der Interaktion im non-formalen Setting der Jugend(verbands)arbeit ausgehandelt werden sollen.

Prof. Dr. Stephan Bundschuh

Aktuelle Arbeitsschwerpunkte: Rassismuskritik; Kinder- und Jugendhilfe in der Migrationsgesellschaft; Soziale Arbeit im Nationalsozialismus

bundschuh@hs-koblenz.de

Timo Voßberg, M.A.

Aktuelle Arbeitsschwerpunkte: Historisch-politische Bildung; qualitativ-rekonstruktive Sozialforschung; Digitalisierung und Medienbildung

vossberg@hs-koblenz.de

Samstag, 23.11.2024 10:50 Uhr – 11:35 R 210

Einzelpräsentation

**Die Nacht der Sozialarbeitenden –
zur demokratischen (Selbst-)Bildung in und durch Soziale Arbeit**

Prof. Dr. Carsten Müller (HS Emden-Leer) & Dr. Konrad Reinisch (HS Emden-Leer)

Ausgangspunkt des Beitrags ist die Feststellung, dass Soziale Arbeit immer schon politische Implikationen enthält, die ihrerseits zwischen Integration in die und Überwindung der Klassen- gesellschaft positioniert, insofern also widersprüchlich sind. In jedem Falle ist politische Bildung mehr oder weniger offensichtlich doppeldeutiger Teil Sozialer Arbeit, was nicht zuletzt auch hohe Ansprüche an den Stand der politischen Bildung der Fachkräfte selbst stellt.

Aufbauend auf Rancières Schriften *Die Nacht der Proletarier* und *Der unwissende Lehrmeister* sowie Adornos Konzept einer *Erziehung zur Mündigkeit* und den von ihm entwickelten Begriff der *Halbbildung* soll in der Präsentation die Bedeutung der politischen Bildung nicht nur in der Sozialen Arbeit allgemein, sondern speziell für Studierende und Praktiker:innen deutlich gemacht werden, die ihrerseits in ihrer (sozialpädagogischen) Praxis mit einem demokratischen Auftrag versehen sind. Wann, wo und wie nehmen sich Sozialarbeitende Raum und Zeit, um sich selber (und kollektiv) zu bilden, jenseits der Zwänge und Zumutungen ihrer alltäglichen Arbeit bzw. tun sie dies überhaupt? Es wäre spannend zu wissen, ob sich daraus eine entsprechende politische Haltung bildet, die z. B. funktionalistische und kontrollierende Implikationen in Verhältnis von Sozialer Arbeit und Sozialpolitik subversiv unterläuft (oder zumindest Spiel- räume auslotet).

Für eine solche Thematisierung ist zunächst noch einmal (in aller Kürze) auf frühe Theoretiker:innen demokratischer Sozialpädagogik wie Mager oder Natorp einzugehen, bevor der Begriff der Halbbildung expliziert werden kann. Es ist zu zeigen, dass dessen Reflexion elementarer Teil einer Erziehung zur Mündigkeit sein muss. Dies lässt sich auch an aktuellen Gegenwartsdiagnosen aufzeigen; der neoliberale Staat „fordert Eigeninitiative, verhindert aber die Selbstbestimmung der Individuen als Teile des politischen Gemeinwesens“ (Kronauer 2022, 26), sodass Demokratie Gefahr läuft, etwas Äußerliches zu bleiben. Die Herausbildung eines demokratischen Bewusstseins benötigt folglich eine politische Bildung im Sinne eines aktiven Erlebens von Demokratie im

gesamten Lebensverlauf und kann sich entsprechend nicht lediglich auf das Vermitteln bloß formaler institutioneller Regeln beschränken. Damit ergibt sich eine Parallele zu Überlegungen Rancières: Er setzt Emanzipation in einen strikten Gegensatz zum *Erklären*. Das Erklären durch Lehrende, zumeist institutionell verankert in Schule, Hochschule und Universität, konstruiert immer ein Verhältnis der Ungleichheit und Hierarchie (etwa zwischen vermeintlich Dummen und einer Intelligenzklasse) – weshalb eine Erziehung *zur* Emanzipation eben diese unterläuft. Eingedenk dieser Überlegungen muss also, so die zentrale These der Präsentation, politische Bildung im angerissenen, umfassenden Sinne elementarer Bestandteil auch des Studiums Sozialer Arbeit sein, wenn Soziale Arbeit ihren demokratischen Potentialen und Verpflichtungen nachkommen soll.

Literatur

Adorno, Theodor W. (1971): Erziehung zur Mündigkeit. Frankfurt a. M.

Kronauer, Martin (2022): Welcher Zusammenhalt? In: Widersprüche. 1/2022, S. 13–28

Rancière, Jacques (2013): Die Nacht der Proletarier. Archive des Arbeitertraums. Wien, Berlin

Rancière, Jacques (2018): Der unwissende Lehrmeister. Fünf Lektionen über die intellektuelle Emanzipation. Wien

Prof. Dr. Carsten Müller ist seit 2007 Professor an der Hochschule Emden/Leer mit dem Schwerpunkt *Sozialarbeit/Sozialpädagogik mit dem Schwerpunkt sozial- und gesellschafts- politische Aspekte der Sozialen Arbeit*

Dr. Konrad Reinisch ist seit 2021 Lehrkraft für besondere Aufgaben an der Hochschule Emden/Leer mit dem Schwerpunkt *Theoretische Grundlagen der Sozialen Arbeit*